

Erstausgabe  
Preis: höchstens  
Durch die Post bezogen  
Kunstpapierpreis:  
Kauf 12 Bl., Vereins- u.  
preis: Die betragshalten.  
Schluss der Anzeigenaufnahme  
in den Illustrierten am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**Recht:**  
**Arbeiter**  
**Zeitung**

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

**Hauptexpedition:** Breslau 10, Kreutzberger Straße 50, Telefon 550 80. **Verkaufsstellen:** Breslau 544, Meibellien; Breslau, Kreutzberger Straße 50, Telefon 230 02. **Spezialteil der Expedition:** von 12-13, Montags bis Freitags von 17-18 Uhr. — **Illustrierte Expeditionen:** Gietow; Wilhelmstraße 20, Telefon 4085; Gietow; Gietow 6, Telefon 2384. **Verkaufsstellen:** von 8-10 Uhr. **Verkaufsstellen:** am Hauptverlagort Breslau. — **Verlag:** G. Lohmeyer, Verlagsgesellschaft m. B. G., Breslau. — **Druck:** „Reuter“-Abteilung, Fil. Breslau, Kreutzberger Str. 50.

## Severing über seine Hüttenarbeit

### Eine Erklärung an die Presse — Unternehmerwünsche werden erfüllt

Berlin, 6. Dezember. (Eig. Drahtber.) Nach seiner Rückkehr aus dem Ruhrgebiet gab Severing an die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Presse eine gleichlautende Erklärung, die an Jynismus nicht zu überbieten ist. Er behauptete, daß er keine gebundene Marschroute für sein Schlichteramt hätte. Er gibt jedoch zu, sich freiwillig den Wünschen des Arbeitgeberverbandes unterworfen zu haben: „Der Arbeitgeberverband hatte allerdings den Wunsch geäußert, daß auch die Arbeitszeitfrage in die Erörterung einbezogen und in meinem Schiedsspruch geregelt werde, weiter, daß diese Regelung möglichst langfristig gelte, und daß ich zur Untersuchung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe ins Ruhrgebiet komme. Als der Reichskanzler mir diese Wünsche bekannt gab, habe ich ihre Berücksichtigung zugesagt.“ Severing gibt damit selbst zu, daß er bei seiner „Vermittlungaktion“ nur die Aufträge der Hüttenbarone durchführt.

Aus den weiteren Darlegungen Severings geht hervor, daß die Industriellen keineswegs verpflichtet worden sind, Maßnahmen zu unterlassen. Severing führt darüber aus:

„Ich habe davon Abstand genommen, eine entsprechende Verfügung zu erlassen, da man bei der Beilegung eines solchen Konflikts mit möglichst leichter Hand vorgehen muß. Sächlich habe ich den Wunsch der Gewerkschaften erfüllt, indem ich den Arbeitgeberverband ersucht habe, alle Maßnahmen zu unterlassen, und das ist mir auch versprochen worden.“

Da jeder Arbeiter weiß, was von den Versprechungen der Hüttenbarone zu halten ist, läuft das Vorgehen Severings geradezu darauf hinaus, die Maßregelungsabsichten der Unternehmer zu stärken. Ueber seine weiteren Absichten führte Severing aus:

„Ich muß nicht nur den Schiedsspruch Jütens, sondern auch den Vermittlungsvorschlag Bergemanns auf ihren Inhalt und auf ihre wirtschaftlichen Auswirkungen genau prüfen und habe keineswegs die Absicht, einen Spruch zu überhürzen. Mein Schiedsspruch soll die auf ihn gesetzten Erwartungen möglichst erfüllen, nämlich die Basis zu einem längeren Arbeitsfrieden bilden.“

In Bezug auf die Arbeitszeitfrage erklärte Severing, daß er hier seine bestimmten Absichten verfolge.

Alles in allem hat sich Severing, wie seine Erklärungen beweisen, in die Rolle des Hilters der Hüttenarbeiter bereits sehr gut eingelebt. Er hat alle Wünsche der Unternehmer als Befehl entgegengenommen und bemüht sich redlich, sie auszuführen. Die Ankündigungen Severings lassen erkennen, daß sein „Schiedsspruch“ noch schlechter sein wird als der von Wiffell verbindlich erklärte 2-Pfennig-Hungerschiedsspruch. Es ist die Aufgabe der Arbeiterschaft, dem Bürger Severing bei seiner Aktion im Interesse der Hüttenbarone mit allen Mitteln entgegenzutreten.

## Die Ausberrung und die Krise der bürgerlichen Demokratie

„Diese Entwicklung des Verhältnisses der Staatsgewalt zu den Unternehmerorganisationen, die Konzentration aller Kräfte der Bourgeoisie, ruft in allen kapitalistischen Ländern auch eine reaktionäre Umgestaltung der sogenannten „bürgerlichen Staatsordnung“ hervor. Diese Umgestaltung, die ein charakteristischer Ausdruck der gegenwärtigen Krisenperiode des Kapitalismus ist, offenbart sich politisch in der allgemeinen Krise der bürgerlichen Demokratie und des bürgerlichen Parlamentarismus und erhält ihr spezifisches Gepräge in der ungewöhnlichen Schärfe, die sie allen ökonomischen Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit verleiht.“

A. F. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß der 6. Weltkongress der Kommunistischen Internationale die Grundzüge der gegenwärtigen Weltlage richtig herausgearbeitet hat, so hat ihn der Verlauf und der Ausgang der Ausberrung im Ruhrgebiet geliefert. Auf dieser Grundlage ist es nun unsere Aufgabe, die besonderen Formen eingehend aufzuzeigen, in denen sich die Krise der bürgerlichen Demokratie heute in Deutschland offenbart.

Es genügt nicht, wenn die Arbeiter den reformistischen Verrat mit einem Empörungsruf der leidenschaftlichen Auflehnung gegen die Abwürgungsstrategie beantworten. Wir als revolutionäre Arbeiter haben das größte Interesse daran, daß wir am Beispiel des Ruhrkampfes allen denkenden Arbeitern auch ein tieferes Verständnis für die gegenwärtigen Klassenkräfte und Klassenverhältnisse, für den Aufbau des heutigen kapitalistischen Staates beibringen.

Das Verwachsen des Reformismus mit dem kapitalistischen Staat drückte sich mit besonderer Klarheit und Deutlichkeit im gegenseitigen Verhältnis zwischen dem sozialdemokratischen Regierungsapparat und dem reformistischen Gewerkschaftsapparat aus. Dieses Verhältnis war eine bestimmte Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Organen des kapitalistischen Staates. Wiffell verkörperte „die Demokratie“, die „Staatsautorität“, das „gültige Recht“, vor dem alle Bürger, ob Ruhrmagnaten oder Proleten, gleich sind. Severing war die aufgehobene Demokratie, das Werkzeug der offenen, nackten Bourgeoisie-Diktatur. Und die Brandes, Reichel, Wolf, die Gewerkschaftsbürokraten, lieferten die nötige „demokratische“ Zustimmung zur Aufhebung der Demokratie durch die Revierkonferenz im Ruhrgebiet.

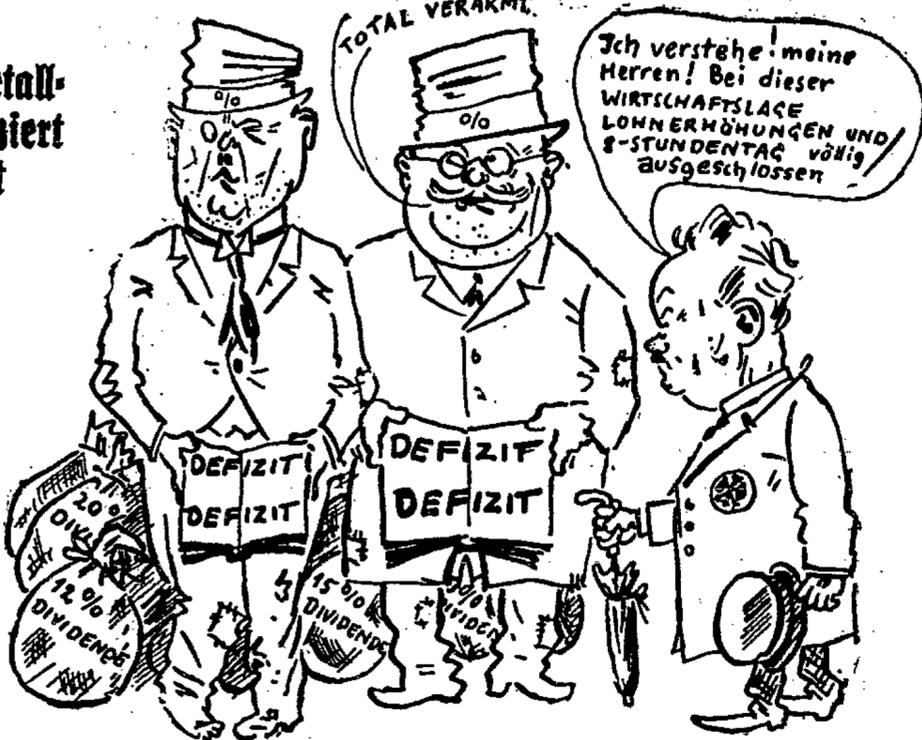
Sozialdemokratische Regierung und reformistische Gewerkschaftsbürokratie verhielten sich zueinander wie Rad und Transmissionsriemen der kapitalistisch-imperialistischen Staatsmaschine. Sie funktionierten auch bisher bei der „normalen“ Arbeit dieser Maschine. Sie wurden nun auf ihre Verwendungsfähigkeit bei einer außerordentlichen Belastung erprobt. Vorschule zum Funktionieren der Maschine im Kriegsfall! Sie erwiesen sich in der Tat als unentbehrliche Bestandteile des kapitalistischen Unterdrückungsapparates!

Man soll auch sehen, wie sich das Verhältnis zwischen den sozialdemokratischen Regierungsorganen und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie im Staate des Monopolkapitals verändert. Die KPD-Führer haben sich den sozialdemokratischen Ministern unterordnen müssen, was angesichts der Öffentlichkeit und der furchtbaren Tragweite des Verrats nicht ohne Schwierigkeiten ging. Früher waren die Gewerkschaftsbürokraten die tonangebenden Faktoren, der SPD-Vorstand ein Vollzugsorgan der reformistischen Gewerkschaften. Dieses Verhältnis verändert sich in dem Maße, wie sich jetzt das Verwachsen der reformistischen Spitzen mit dem Staatsapparat vollzieht. Die neue Funktion der reformistischen Spitzen im Staatsapparat des kapitalistischen Staates ruft diese neue Rangordnung zwischen sozialdemokratischen Vollzugsorganen und dem reformistischen Gewerkschaftsapparat zwangsläufig hervor.

„Gegensätzlichkeit der Bourgeoisie“ — das ist nichts Neues! Die Gesetze, in denen die herrschende Klasse ihren Willen zum Recht erhebt, gelten ihr immer nur so lange, bis sie ihren Interessen der Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klasse entsprechen. Ist dies nicht der Fall, dann werden die Gesetze mißachtet und durchbrochen. Wenn z. B. die Kommunisten auch Gesetze der bürgerlichen Demokratie in Anspruch nehmen, dann stellt die Bourgeoisie auf ihre Gesetze, schränkt die sogenannten demokratischen Freiheiten ein, hebt sie auf, arbeitet mit Presseverbot, Versammlungsverbot, Akkordjustiz und Belagerungszustand. Aber in all diesen Fällen wird nicht offen anerkannt, daß die Bourgeoisie ihre Gesetze durchbricht. Je mehr sogar dies in der Praxis geschieht, um so eifriger wird namentlich von der Sozialdemokratie ein gewisser Schein der Demokratie aufrechterhalten (siehe Volksentscheid und Volksbegehren).

Was ist also das Neue? — Das Neue ist, daß die „Gegensätzlichkeit“ der herrschenden Klasse gesetzlich anerkannt wurde, daß die bürgerliche Demokratie durch die Reaktionsregierung im Rahmen der demokratischen

## Der „Kleine Metallarbeiter“ inbiziert das Ruhrgebiet



## Ein großes Munitionslager bei Falschitten entdeckt

Ell. Duisfaken, 5. Dezember. Am Montagnachmittag hat die Duisfakener Kriminalpolizei in einem Schuppen in unmittelbarer Nähe der Wirtschaft „Tannemwäldchen“ ein großes Munitionslager entdeckt und mit einem Bauernkarren zum Rathaus schaffen lassen. Es handelt sich hierbei um eine große Anzahl Stiel- und Eierhandgranaten und einige tausend Gewehrpatronen. Anschließend rührt die Munition von den Märzklümpchen des Jahres 1920 her. Die Ermittlungen über die Herkunft sind noch nicht abgeschlossen. An amtlicher Stelle sind nähere Angaben nicht zu erhalten, um den Gang der Untersuchung nicht zu beeinträchtigen.

Es handelt sich bei diesen Munitionsfunden zweifellos um Material, das die kappistischen Arbeitermörder in Sicherheit gebracht haben, um für den nächsten Putz gerüstet zu sein.

## Ruhr-Unternehmer maßregeln

Essen, 6. Dezember. (Eig. Drahtber.) Die Vereinigten Stahlwerke teilen mit, daß sie einen erheblichen Teil ihrer Duisfakener Anlagen nicht wieder eröffnen werden. Es handelt sich um einen Hochöfenbetrieb, eine Walzenstraße und eine Stahlform-Gießerei. Diese weitere Rationalisierung sei notwendig und falle nur zufällig mit

der Ausberrung zusammen. Die Unternehmer benutzen die Ausberrung zu einer weiteren Rationalisierung und zur „Säuberung“ ihrer Betriebe. Außerdem sind sie ein nur zu durchsichtiges Mandat, um den „Kleinen Metallarbeiter“ noch gefügiger zu machen.

## Vom Tage

Gestern wurde im dritten Wahlgang bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten der Christlich-Soziale Millas, bisher Präsident des Nationalrates, zum österreichischen Bundespräsidenten gewählt.

Mussolini hielt gestern bei Besprechung der italienisch-italienischen Beziehungen in der Kammer eine seiner üblichen nationalistischen Drohpreden, in der er u. a. erklärte: „Alle Welt muß endlich wissen, daß die italienische Feindschaft gefährdet, die Freundschaft aber hochgehalten werden müsse.“

Der verantwortliche Redakteur des Parteiorgans der kroatischen Bauernpartei, Karodmi, wurde am Dienstagabend auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftet, weil er in seinem Blatt den Text der Erklärung der kroatischen Bauernpartei, in der ihre Nichtbeteiligung am Gerichtsprozeß gegen den Mörder von Rabitsch motiviert wurde, veröffentlicht hatte.

Wissen Gesetze durch die Annäherung des Wissen-Schiedspruchs selbst ausgegeben wurde.

Man muß unterscheiden zwischen dem Weg und dem Ergebnis. Die Sozialdemokratischen Minister diese Entlassung der bürgerlichen Demokratie und damit ihre Selbstentlassung etwa abschließend auf die Spitze treiben? Natürlich nicht. Es sollte ein „normales“, solides, bewährtes Abwägungsmandat sein, dieser Hungerstreik von Wissen, wie Duzende von anderen Schließungs- und in denen die materiellen Forderungen der Kapitalisten „unter Maßnahme der Staatsautorität“ erfüllt wurden. Aber die völlig verführerischen SPD-Führer haben vergessen, daß die Geschichte wiederkehrt, noch sich ewig wiederholt und im Kreise dreht, sondern in stürmischem Tempo vorwärts schreitet und zu einer so gewaltigen Verschärfung der Klassengegenstände treibt, die die Wiederholung der alten Manöver nicht mehr ermöglicht. Die Diktatur und Konfrontation, die Renegaten des Sozialismus, haben das ABC der marxistischen Klassenkampftheorie so völlig verlernt, daß sie zu jener ersten Klassenanalyse unfähig geworden sind. Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus? Gewaltige Zuspitzung der Klassengegenstände? Krise der bürgerlichen Demokratie? Ach, was, das alles, sagten sie, ist „kommunistischer Schwundel“. Ungefähr so, wie eine Reihe von angesehenen bürgerlichen Ökonomen den Klassenkampf noch heute für eine beschaffte Erfindung von Karl Marx erklärt.

So wurden die reformistischen Führer durch den Aussperrungsbeschluss der Industriellen bzw. durch die Durchführung desselben völlig überrollt. Die weitere „Kampfführung“ der SPD und der Gewerkschaften war — das muß festgehalten werden — nicht nur eine Reihe von fortgesetzten Versäumnissen, vom Zwei-Pennig-Quingerstreik bis zur Preisgabe der verfallenen Staatsautorität, sondern auch eine Mischung von Selbstbetrug, von selbstgeschaffener Anbetung des vom Truskapital längst mit den Fäden getretenen Rechtsbols, von hilflosem Schwanken zwischen präheristischer Kraftmeierei und jämmerlichem Winkeln des verprügelten Hundes.

Trotzdem: haben die Unternehmer alles erreicht, was sie wollten? Materiell: Ja! Politisch: Nicht! Ihr Hauptziel, die Demokratisierung der Arbeiterklasse, wurde nicht erreicht. Denn der strategische Plan der Unternehmer war einerseits, den Schlichtungsmechanismus den neuen Bedürfnissen des Monopolkapitals noch mehr anzupassen, andererseits den Widerstand der Arbeiter in allen künftigen Kämpfen zu brechen. Sie wollten den reformistischen Gewerkschaftsapparat auch als Werkzeug, als Organ der kapitalistischen Unterdrückungsmaschinerie benutzen. Das Mittel dazu: eine Vereinbarung mit den Gewerkschaften, die ungefähr denselben materiellen Inhalt gehabt hätte als Seberings kommender Schiedspruch. Und in dieser Beurteilung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie haben sie sich auch nicht geirrt. Ihre Bereitschaft zum Duldsburger Abkommen spricht zur Genüge. Trotzdem hat die Sache in einem Punkte nicht gellappt. Sie haben zwar die wachsenden innerimperialistischen Gegensätze klar erkannt und ihre Maßnahmen als Maßnahmen zur Vorbereitung des Krieges danach getroffen. Aber sie haben die schon erreichte Stufe der Linksbewegung der Massen, den Einfluß der revolutionären Gewerkschaftsopposition, den Einfluß der kommunistischen Partei nicht. Sie erkannten nicht, daß diese Kraft zwar noch nicht ausreicht, um im Kampfe gegen Truskapital, Staat und Reformismus den Dammbau zu erzielen, aber doch genügend stark war, um eine schmachvolle Kapitulation in der Form der Vereinbarung zweimal und die Demoralisierung der Arbeiterklasse überhaupt zu verhindern.

So kam es, daß die Truskbourgeoisie zu neuen Manövern greifen mußte. Sie sah sich gezwungen, die demokratisch-parlamentarische Maske der kapitalistischen Diktatur, nachdem diese ihre Frage in nackter Offenheit zeigte, wieder anzulegen. Die Reformisten waren natürlich glücklich, dabei dem Finanzkapital ihre Dienste anbieten zu können.

Aus diesem Verlauf und aus diesem Resultat ergibt sich eine ganz bestimmte Phase in der Krise der bürgerlichen Demokratie. Der riesenhafte, kunstvoll aufgebaute Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie, die kapitalistische Staatsmaschinerie, ist in einer bestimmten Umwandlung begriffen. Der Staat der Trusk, der Syndikate, der Monopole ist ein Staat der reaktionären Diktatur. Die imperialistische Bourgeoisie ist bestrebt, sich bei dem Drang zur verschärften Ausbeutung, zu riesenhafte Rüstungen, zur Unterdrückung der proletarischen Au-lesung, aller Hindernisse, die sich der Durchführung ihrer Gewalttätigkeit entgegenstellen, aus dem Wege zu räumen. Das führt zu einer fortschreitenden Einschränkung der bürgerlichen Demokratie, die in vielen Fällen schon ihrer völligen Auf-

hebung gleichkommt. Die dünne Haut der Demokratie schrumpft immer mehr zusammen.

Aber diese Entwicklung ist widerspruchsvoll. Sie stößt auf Hindernisse. Der Schein der Legalität des Parlamentarismus, der Demokratie, erweitert sich angesichts der Linksbewegung des Proletariats, der drohenden Welle von revolutionären Klassenkämpfen, immer wieder als nötig, um die Pläne des Imperialismus zu maskieren, die Massen zu verwirren, die Arbeiteraristokratie zu bestechen, in den kapitalistischen Staatsapparat einzugliedern. Hieraus ergibt sich die heutige besondere Form der Krise der bürgerlichen Demokratie, wie sie der Verlauf und der Ausgang der Aussperrung gezeigt hat: Die „demokratisch ausgegebene Demokratie“ — die Diktatur der Bourgeoisie, die die demokratische Form von Fall zu Fall anwendet oder ablehnt.

Steht aber diese Krise der bürgerlichen Demokratie nicht im Widerspruch zur Tatsache der Koalitionsregierung? Keine Frage! Mit Recht haben die Thesen des 6. Weltkongresses hervor, daß die neuen Koalitionsregierungen unter direkter Beteiligung der Sozialdemokratie keine einfache Wiederholung der früheren Koalitionsregierungen sein können und nicht sein werden. „Die sozialdemokratische Führung wird eine viel verdrängtere Rolle spielen als in allen vorhergegangenen Stappen ihrer Entwicklung.“

Sie hat es bewiesen durch den Panzerkreuzer — sie beweist es durch die Kapitulation vor dem Truskapital! Die Sozialdemokraten sind, so hieß es, um der Demokratie willen in der Koalitionsregierung. Es stellte sich heraus, daß sie bereit sind, „Demokratie“, „Recht“ und „Staatsautorität“ preiszugeben — der Koalition willen.

Die Krise der bürgerlichen Demokratie schreitet aber unaufhaltsam weiter fort. Sie ist vom Prozeß der weiteren Erschütterung, der Verfaulung der kapitalistischen Stabilisierung unzertrennlich.

### Betriebsmord!

Durch Explosion eines Karbidbusses in Ferro in Mädeberg verunglückte der Arbeiter Emil Biehmann tödlich. Der Arbeiter Gerbert Richter erlitt schwere Augenverletzungen.

In der Zuderfabrik Koisch verunglückte der Arbeiter Hebe aus angeblich unbekannter Ursache. Er wurde in ernstem Zustand ins Krankenhaus übergeführt.

Bei Kanalisationsarbeiten am Pumpwerk in Ludenwalde geriet einer der Filter mit der Lichtleitung in Verbindung. Sämtliche Arbeiter wurden vom Strom getroffen. Zwei waren sofort tot, von den übrigen Schwerverletzten schweben zwei in Lebensgefahr.

### Der Landesberratsprozeß gegen Chemiarbeiter

Ludwigshafen, 4. Dezember. Vor dem Erweiterten Schöffengericht Ludwigshafen begann die Verhandlung gegen vier Arbeiter des Oppauer Werkes der IG-Farben-Industrie, die beschuldigt sind, Fabrikationsgeheimnisse an den Inspektor der französischen Sureté Stössel und an einen gewissen Nordese, Vertrauensmann in einer französischen Industrie-Spionage-Organisation, gegen Entgelt ausgeliefert zu haben. Die Anklage stützt sich auch auf das Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse, womit indirekt zugegeben wird, daß die IG-Farben-Industrie der militärischen Aufrüstungspolitik des neubestehenden Imperialismus dienlich ist. Aus der Vernehmung der Angeklagten ist ihre übereinstimmende Belundung hervorzuheben, daß die Funktionäre des französischen Spionagedienstes über die intimen Vorgänge in der IG-Farben-Industrie durchaus unterrichtet waren. Die Angeklagten Schwarzwälder und Hellmann erklärten, und boten dem Gericht den Beweis dafür an, daß deutsche Polizeibeamte in Ludwigshafen für die Sureté Spionagedienste geleistet haben. Das Ludwigshafener Gericht will darüber in nichtöffentlicher Sitzung verhandeln. Ueber die Tatsache, daß die IG-Farben-Industrie über eine Reihe militärisch wichtiger Patente und Verfahren mit dem französischen und anderen Chemietrusts in engen geschäftlichen Beziehungen steht, wird in dem Ludwigshafener Prozeß nicht verhandelt. Was die Könige der Chemie treiben, ist für die deutsche Klassenjustiz niemals Landesverrat. (Siehe auch die Tel.-Agentur.)

#### Das Urteil

Nach etwa einstündiger Beratung verkündete das Gericht am Mittwoch folgendes Urteil: Der Angeklagte Hellmann wird des fortgesetzten Vergehens gegen das Gesetz des unlauteren Wettbewerbs in Lateinzeit mit einem Vergehen der Anstiftung für schuldig erklärt und zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre verurteilt. Im übrigen

wird der Angeklagte freigesprochen. Der Angeklagte Schwarzwälder wird eines fortgesetzten Vergehens gegen den unlauteren Wettbewerb für schuldig erklärt und zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten verurteilt. Im übrigen erfolgt Freisprechung. Der Angeklagte Müller wird wegen eines Vergehens des unlauteren Wettbewerbs und Beihilfe zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, im übrigen freigesprochen. Auf die Strafen werden bei Hellmann, Müller und Schwarzwälder je vier Monate Untersuchungsfrist angerechnet. Der Angeklagte Magin wird freigesprochen. Soweit Verurteilungen erfolgen, haben die Angeklagten die Kosten zu tragen. Der Haftbefehl gegen Müller wird aufgehoben, gegen die Angeklagten Hellmann und Schwarzwälder jedoch aufrechterhalten.

### Bestellter Mord im Schlosspark Pilsudskis?

U. Warschau, 6. Dezember. Am Mittwochmorgen fielen im Park des Schlosses Belvedere, das von Marschall Pilsudski bewohnt wird, sechs rasch aufeinanderfolgende Schüsse. Die sofort herbeigerufene und durch Polizei verstärkte Schloßwache suchte den Park ab und fand ganz in der Nähe des Palais die blutüberströmte Leiche des wachhabenden Gendarmereisowachtmeysters. Da man einen Mord vermutete, wurden die Nachforschungen mit größter Energie fortgesetzt, und es gelang schon nach einer halben Stunde dem ehemaligen Agenten der Geheimpolizei Kowalski zu verhaften, der vor einiger Zeit wegen Totsucht aus dem Dienst entlassen worden war. Obgleich die Frage noch nicht einwandfrei geklärt ist, ob man es mit einem Mord oder mit einem Selbstmord zu tun hat, hält man es für wahrscheinlich, daß der Agent den Gendarmereisowachtmeyster übergeschoßen hat, um sich wegen seiner Entlassung zu rächen. Die polnische Presse macht aus dieser recht dunklen Angelegenheit natürlich einen politischen Mord und Attentatsversuch auf Pilsudski.

### Eisenbahnunglück in Polen

U. Warschau, 6. Dezember. Am Mittwoch lief auf der Station Zyrardow ein nach Warschau fahrender Güterzug infolge falscher Weichenstellung auf einen anderen Güterzug, wobei sieben Wagen zertrümmert und die Lokomotive stark beschädigt wurde. Drei Güterwagen schoben sich vollkommen ineinander. Der Zugführer fand den Tod und zwei Beamte erlitten leichte Verletzungen. Der Weichensteller wurde verhaftet.

### Kleine Nachrichten

Ein Probestieg des Juppelins über den Alpen. U. Friedrichshafen, 5. Dezember. Nach einem sechsstündigen Probestieg über dem Bodensee und den schwäbischen Alpen ist das Lustschiff „Draß Juppelins“ um 13.30 Uhr in Friedrichshafen glatt gelandet.

Schwere Zusammenstöße in einer Wibelorscher Versammlung. U. Innsbruck, 5. Dezember. Am Dienstagabend kam es in einer Versammlung der internationalen Wibelorschervereinigung zu schweren Ausschreitungen. Nationalsozialisten führten die Versammlung. Als sie aufgelöst wurden, den Saal zu verlassen, schlugen sie mit Stühlen auf die Anwesenden ein. Auch von der Galerie wurden Stühle in den Saal geworfen. Mehrere Personen wurden verletzt, darunter drei schwer. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Das Auto über dem Abgrunde. Auf der Chaussee von Frankenstein nach Wartha fuhr ein Kraftwagen kurz vor der Eisenbahnbrücke in das Eisengeländer, das die Chaussee vor einem tiefen Abgrund sichert. Ein schwerer Granitfelsen wurde gedrückt und das schwebende Eisengeländer herausgerissen. Zum großen Glück blieb der Kraftwagen im letzten Augenblick hängen, sonst wäre er die tiefe Abgründe hinunter oder in die dort vorbeistreichende Reife gestürzt. Ein auf dem Führersitz mitfahrendes junges Mädchen ist bei dem Anprall durch die Windschutzscheibe gesloßen und wurde durch die Glassplitter in Gesicht und an den Armen schwer verletzt.

Weitere Zunahme der Wolgauer Schwemmung. U. Nowo, 6. Dezember. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Wolgauer Schwemmung weiter zugenommen. Die Städte sind 40 Kilometer weit unter Wasser. In vielen Dörfern sind die Häuser fortgeschwemmt. Dampfer sind zur Rettung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Medikamenten in das Ueberflutungsgebiet abgegangen.

Tötung auf Verlangen. U. Ostersfeld, 4. Dezember. In der Nacht zum 30. November war am westlichen Ufer des Rhein-Herne-Kanals der Lehrling Groß aus Ostersfeld erschossen aufgefunden worden. Die Oberhausener Kriminalpolizei hat auf Grund der Aussagen des Lehrlings Ritter festgestellt, daß kein Selbstmord, wie man ursprünglich angenommen hatte, sondern Tötung auf Verlangen vorliegt. Aus Furcht vor Strafe hatten die beiden jungen Leute beschlossen, gemeinsam in den Tod zu gehen. Ritter brachte zunächst dem Groß den tödlichen Schuß bei, dann schloß er sich dem Selbstmord.

## Dein Körper gehört Dir

Roman von Victor Margueritte  
Berlin, Erich-Keiß-Verlag

Sie half Charlotte, deren blonde 23 Jahre ein Gewicht von 80 Kilo hatten, aus einem Fach, in dem Stoffstücke aufgeschloßen lagen, einen Stroh bedruckter Seiden heranzuziehen. Sie bedienten gerade die Mutter ihrer Kameradin Rosa. Keiß am Schreibtisch scherzte mit ihr: „Na Justine, willst du dich zur Hochzeit deiner Tochter so fein machen?“ Wütend, hängebauchig und dübbäuchig, verschmähte es die Fischhändlerin doch nicht, für sich selbst noch die Ledemänner anzuküßeln, die ihr Vergnügen suchten. Sie brumte: „Frage ich dich vielleicht danach, wann du deine Schwägerin verheiratest?“ „Wahrhaftig, sie war bald in dem Alter, ebenjogut wie Rosa!“ Mit einem abgehenden Blinzeln maß der Galanterie, Eleganz und Gutshändler seine Schwägerin. Kurzbeinig und plattmäulig, rollte er geil seine dicken runden Ropfsaugen, die überall anherfährten. Die Fischhändlerin bezachte zeternd. Wie fast alle Kaufleute von Chateau-Rouge wie sie selber auch, berechneten die Keiß wucherliche Anstöße. Aber da sie keine Konkurrenz hatten, benutzten sie das, die Anstöße bis zum Diebstahl zu steigern. Das Leben ist so teuer! ... Jetzt ist sie alle, indem sie sich die Taschen füllten. Die Tür fiel hinter den Jeremiaden der Alten ins Schloß. Man war einen Augenblick allein. ... Jetzt war's Zeit ... „Hör mal, Charlotte ...“ „Was willst du?“ „Ich hab' mich gestern wieder mal mit Mutter gezannt. Das geht nicht so weiter. Ich werd' eine Stellung in den Orangers annehmen.“ „Darüber müßte man noch reden.“ Sie begriff, daß die Kleine ebenjowenig wie sie selbst auf der Dübette Barzel schlagen wollte. Aber statt bei der Wilden in Dienst zu treten, warum konnte da Epi (berechnete sie sofort) nicht bei ihr als Badengehilfin eintreten? Man würde ihr vierzig, sogar vielleicht fünfzig Francs monatlich geben. Eine gute Tat und zugleich

ein gutes Geschäft! Auf die Art läme man billig zu einer hübschen Angestellten, um die Kundschaft anzuloden. Die Kleine gestiel ihrem Mann? Was war da weiter dabei? Wie sie gebaut war, sehte es ihr nicht an verlockenden Anbetern. Und auf Karl würde man eben etwas aufpassen. Begierig geworden, dedie die Keiß ihr Spiel auf: „Ich werde mit Mutter reden. Schwestern müssen sich gegenseitig helfen. ... Aber hör mal! ... Warum kommst du nicht lieber zu uns, statt bei Frau Aubrad in Dienst zu treten? Hier wärst du doch wie zu Hause, und da du arbeitest, würden wir dich begahen, wie es sich gehört. Und du bekämpst gut zu essen! Nicht wahr, Keiß?“ Er stimmte zu: „Mit Vergnügen!“ Aber Epi witterte hinter diesem Begeh der Klaverei ein schlechtes Geheiß: „Du würdest mir zahlen?“ „Welche Frage!“ „Wieviel?“ Als die Schwester die Summe genannt hatte, nahm Epi betrachtlich ihre Körbe auf. Keiß-Bojar vertrat ihr rasch den Weg: „Ist das nicht genug?“ „Nein.“ Charlotte warf übelläunig hin: „Das hat dir die denn versprochen?“ „Hundert Francs.“ „Dummerweise! Man merkt, daß sie ihr Geld nicht zu verdienen braucht! Ueberleg dir's, es ist besser für dich, hier Angestellte zu werden, als bei einer Fremden als Diensthote einzutreten!“ „Diensthote würde ich hier sein!“ „Kannst du bist du, weißt du das? Geh nur zu deiner Frau Aubrad, geh nur, mein Kind. ... Deine Gründe kennen wir.“ „Kann sie doch!“ „Schon gut. Man soll sich da nicht langweilen! Was, Keiß?“ Er machte schläfrige Augen: „Man soll da selbstame Messen lesen, nach dem, was die Köchin erzählt. Vorfücht vor den Orangers, Kleine! Man bringt von da mehr Früchte als Blumen heim.“ Charlotte unterdrück: „Was bist du geworn!“ Epi überlegte, während sie den Weg zu Paccards Garten einschlug. ... Allerdings hatte voriges Jahr eines der Stubenmädchen Frau Aubrad die Gegend verlassen müssen, um bei ihren Eltern in Daugainville niedergelommen. Der Vater? Unbekannt. ... Aber sie glich dieser dämlichen Person ja nicht! Niemand konnte sie dazu bringen, etwas zu tun, was sie nicht wollte. ...

Eine Stimme rief sie an. Es war Frau Costalet, Franzens Mutter. Erstaunt drehte sie sich um. „He, mein schönes Kind, sag deinem Vater, daß morgen das Boot mit dem Holz für die Zimmerarbeit zu seinem Speicher kommt. ... Da wird er ordentlich viel Meßeln brin unterbringen können! ...“ Das Boot! Bei diesem Gedanken stieg vor ihr die hübsche Ellhouette des Fischers auf, aus Tadelwerk geflochten. ... Franz! ... So vertieft war sie in ihre Gedanken, daß sie, ohne es zu merken, an der Garage vorüberging, in der Konstantin jetzt arbeitete. „So läufst du also vorbei, ohne deine alten Freunde zu beachten?“ Seit zwei Jahren hatte er zum großen Kummer des alten Marcel Saint Tropez verlassen, und den Fischlerberuf mit dem des Medhanikers vertauscht; ebenso um Epi näher zu sein, die er nach wie vor trenn anbetete, wie um sein Glück mit einem einträglicheren Beruf zu versuchen. „Ich hab's eilig, Tintin.“ „Wo gehst du hin?“ fragte er eiferfüchtig. Sie neckte ihn: „Du bist gar zu neugierig!“ Schon war sie weg. ... Ploßlich mußte sie an die Seite der Straße treten, um ein weißes Auto passieren zu lassen. Eine Frau in roter Jade saß am Steuer. ... „Die hat's gut, die ist reich! ...“ Sie ging vorbel und hörte hinter ihrem Rücken: „Gemeinheit! Ich komme eben aus dem Hospital! Und niemand will mir helfen!“ Der leicht gerührten Epi schien die Sonne plötzlich kalt geworden zu sein. Sie änderte ihre Absicht, lief zu der Armen zurück, die Holz ihres Weges weiter gegangen war. „Pff!“ Die andere blieb stehen und wartete erkaunt. „Sie kommen aus dem Hospital?“ (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil: Arthur Gombrowski, für „Bericht und Bescheid“ und „Waldenburg“: Wilhelm Steward für „Bescheid“, „Görlich“ und die übrigen Beilagen: Alfred Thomae, sämtlich in Breslau. — Für den oberpolitischen Teil: Theodor Schell, Dietrich. — Für Inserate: H. Gombrowski.

„Ich bin Betriebsrat und nicht Untreiber“

Uns wird von unserem Betriebsberichterstattung mitgeteilt: Die Arbeits- und Lohnverhältnisse beim Staubeckenbau in Otmachau gestalten sich immer schlimmer. Man zählt den Arbeitern die ihnen tariflich zustehende Wasserzulage nicht. Der kürzlich amtierende Betriebsratsvorsitzende kümmert sich um all die Dinge nicht. Er verhandelt sehr oft mit der Verwaltung, über das „erzielte“ Resultat informiert er gar nicht die anderen Kollegen des Betriebsrates. Es scheint so, als ob er bei den „schwierigen“ Verhandlungen mit der Verwaltung dort die Zigarren raucht, und wer weiß, was noch mehr? Denn als das Betriebsratsmitglied Streik den Obergingenieur Strauch auf die Nichtzahlung der Wasserzulage aufmerksam machte, erklärte dieser „Herrgott“ der Baustelle, daß er dies mit dem Betriebsratsvorsitzenden Obst geregelt habe. Damit meinte er, daß die Wasserzulage bezahlt werden würde. Eine Woche nach der anderen vergeht, und an die Auszahlung wird nicht herangegangen.

Besonders sehr in der kalten Jahreszeit selber die Gesundheit der Arbeiter bei der ständigen Arbeit im Wasser. Des Nachts wird sogar gearbeitet. In der Nacht zum Sonntag, am 2. d. M., kam die Kolonne übereln, die Arbeit niederzulegen. Nachts 2 Uhr legten sie die Arbeit nieder. Der Schichtmeister Küsch erklärte, trotzdem er wußte, warum die Arbeitsniederlegung erfolgte, daß man nur wegen des Sonntags nicht arbeiten wollte. Als ihn die Kollegen aufmerksam machten auf die bewußte Lage, vertieg er sich zu der Behauptung, daß die Leute nicht im Wasser arbeiten. Bei dem Schichtmeister muß das Wasser im Wasser reben. Es wäre Zeit, daß die Kollegen mit so einem „gutmeinenden“ Schichtmeister mal auf proletarische Art reben. Es ist derselbe Küsch, der im März dieses Jahres zu den Arbeitern sagte: „Sie mögen ihren Kaffee im Strickengarten wärmen.“ Zum Teufel mit so einem Untreiber. Eine andere Blüte ist der Bauführer Mantel, der es sogar fertig brachte, von den Betriebsräten zu verlangen, daß sie die Belegschaft zur Arbeit antreiben sollen. Als der Kollege Streik ihm darauf erwiderte, daß er die Interessen seiner Kollegen zu vertreten habe und nicht als Untreiber da sei, drohte Mantel ihm mit Entlassung. Glaubt der Bauführer etwa, damit sein Ziel zu erreichen? Er tritt sich.

Kollegen! Organisiert euch und kämpft geschlossen gegen die unmenschlichen Arbeitsmethoden. Zur Stärkung der Schlagkraft hinein in die freien Gewerkschaften. Wählt oppositionelle Betriebsräte zur wirklichen Wahrnehmung eurer Interessen!

Gleiwitz

Reichsgericht deckt den Polizeioberleutnant Bedekind

W. S. L. meldet: Der Polizeioberleutnant Hans Bedekind in Gleiwitz war vom Landgericht Gleiwitz wegen Freiheitsberaubung, Unzucht und anderer Vergehen zu insgesamt drei Monaten und einem Tag Gefängnis verurteilt worden. Bedekind hatte am 21. April 1928 einen Schupobeamten in sein Zimmer gerufen, die Tür hinter ihm verschlossen und verfuhr sich in unzuchtiger Weise an ihm zu vergewaltigen. Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts hob das Urteil der Vorinstanz auf und überwies die Sache zu neuerlicher Verhandlung an das Landgericht in Deutchen.

Dieser Schritt des Reichsgerichts zeigt ganz deutlich, wohin die Reise gehen soll. Das vom Landgericht Gleiwitz gesäulte Urteil ist nicht als „hoch“ zu bezeichnen. Warum soll sich das Deutshen Landgericht nochmals damit beschäftigen? Soll es das Urteil nach oben schrauben, was eigentlich notwendig wäre? Nein, es soll den Freispruch verhängen, und dann ist die Gestalt-Polizei mit Oberleutnant Bedekind „rehabilitiert“. Den unteren Polizeibeamten wird dann W. als der „maleloze“ Vorgesetzte wieder auf die Nase gesetzt werden. Dann soll W. wieder gegen die Proleten losgelassen werden.

Eine lärende Kreuzung

Die Wilhelmstraße wird als Hauptverkehrsader unserer Stadt sowohl vom Publikum als auch von Fahrzeugen aller Art am meisten in Anspruch genommen. Man sollte daher annehmen, daß in verkehrstechnischer Hinsicht alle Maßnahmen getroffen sind, um eine rasche und ungefährliche Abwicklung des starken Verkehrs zu gewährleisten. Das ist aber leider nicht der Fall. So hält ausgerechnet an der Barasch-Ecke die Straßenbahn fast mitten auf der Straße und wartet oft mehrere Minuten, bis die Gegenbahn erscheint. Die ganze Zeit über müssen alle anderen Fahrzeuge notgedrungen auch warten, da sie an der Straßenbahn nicht vorbeikönnen, ohne Gefahr zu laufen, mit einem Gegenfahrzeug zusammenzustoßen. Warum hat man diesen Kreuzungspunkt der Straßenbahn gerade an eine der verkehrsreichsten Ecken unserer Stadt gelegt? Früher kreuzte sich die Straßenbahn auf der Oberwallstraße, die vom Verkehr nicht so stark belastet ist.

Eine kommunikalische Anfrage beschäftigte sich in der letzten Stadtkonferenz mit dieser Angelegenheit. Die Anfrage ist zur weiteren Behandlung der neugewählten Kommission zur Schaffung einer neuen Verkehrsordnung überwiesen worden. Hoffentlich bleibt es nicht nur bei der Bildung der Kommission!

Stadtheater. „Arm wie eine Kirchenmaus.“ Der Traum eines armen Mädchens vom Glück ist schon in den verschiedensten Variationen gesungen worden. Im vorliegenden Lustspiel ist die Geschichte der armen Stenotypistin mit der Gegenwart umrahmt. Internationale Transaktionen, Weltmarkt und Weltgeschäfte, und weil sie alle diese Sachen fabelhaft beherrscht, imponiert sie dem Chef, welcher sie schließlich zu seiner Gattin macht. In dieses nackte Thema ist neben der Person des Bürostellers „Schünpl.“ — der Bewalungskrat der Bank, die Privatsekretärin sowie der kindliche Sohn des Bankpräsidenten so humorvoll eingefügt, daß in allen drei Akten der Charakter des Lustspiels durchaus gewahrt wird.

Alle Dikt als arme Kirchenmaus, wie auch ihr Gegenpieler Herbert Schiedel als Präsident der Bank, beherrschten das Spiel bis zur höchsten Pointe. Otto Langers Bürosekretär neben Fritz Leyden als Verwaltungsrat und Doris Hansen als Sekretärin des Präsidenten lösten eine Flut von Lachsalben aus, und das Volk freute sich.

Opfer ungenügender Brunnenabdeckung

Tot. Im Brunnen ertrunken ist der 64-jährige Arbeiter B i w o der nachts in den schlecht zugebauten Brunnen schacht stürzte.

Hindenburg

Der „Beisetreter“ eingeführt

Der in der letzten Stadtkonferenz zum Magistratschulrat gewählte Rektor Franke hat am 1. Dezember seinen Dienst angetreten und ist in der Magistratsitzung vom 3. Dezember vom Oberbürgermeister Dr. Lutzsch in sein Amt eingeführt worden.

Franke ist allbekannt als ein patriotischer Hurraschreier und Chaubinist, und so einem Manne liefert man tausende Arbeiterkinder aus. Bestätigt von Szjesinlis Gnaden!

Einbruch in ein Konfektionshaus

In der Nacht zum Montag wurde in dem Konfektionshaus Grünthal u. Co. in Hindenburg, Kronprinzenstraße 130, ein Einbruch verübt. Gestohlen wurden zehn Anzüge, neun Anzugstoffe in verschiedenen Farben, elf Manchester- und Brecheschossen, fünf Paletots, eine Windjacke, eine Lederjacke, ein Gummimantel und ein Mäntel. Ein Täter ist

am Montagabend um 7.30 Uhr von einem Hausbewohner gesehen worden, wie er durch die erbrochene Tür mit einem schweren Koffer und einer vollgepackten Kofferentasche das Haus verlassen hat.

Belegschaft Lufsengrube und Barbara-Feier

Die „Oberschlesische Volksstimme“ bringt in ihrer Nummer vom 6. Dezember eine Notiz, wonach sich die Belegschaft der Lufsengrube unter Vorantritt der Bergkapelle zur Barbara-Feier begeben habe. Diese feierliche Bage ist in sehr kleinem Format erschienen, denn den Leuten in der Redaktion war dieser Lobst doch ein bißchen stark. Man bedenke, daß die Lufsengrube eine über 8000 Mann starke Belegschaft zählt. Wie festgestellt wurde, war der Zug, der sich zur „Barbara“ bewegte, sage und schreibe 80 Mann stark. Und das nennt man überbewußt, daß nicht eine Barborla die ihnen fändlich vor Augen schwebende Todesgefahr abwenden kann, sondern daß die Unglücksgefahr durch ein anderes Betriebssystem zurückgedämmt werden kann. Die „Oberschlesische Volksstimme“ oder schwarze Zante ist wirklich um so eine „objektive“ Berichterstattung zu beneiden. Immer weiter so, „lieber“ Star!

Ratibor

Christliche Armenväter

Wie diese „Armenväter“ (Bezirksvorsteher) über die Not und das Elend der Hilfsbedürftigen denken, ehe sie ihnen eine Unterstützung bewilligen, das spottet jeder Beschreibung. Diese Herren, die als „Armenväter“ ein Ehrenamt übernommen haben, scheinen dieses nicht ernst zu nehmen, sonst würden sie über die Not dieser Leute so leicht nicht hinweggehen. Die ausgeheuerteten Arbeitslosen, die einen Antrag an das Wohlfahrtsamt auf Unterstützung stellen, müssen sich mit diesem Antrag bei dem ihnen zugewiesenen Bezirksvorsteher melden, und dieser legt die Unterstützung fest und entscheidet, ob Bedürftigkeit vorliegt. Den Namen dieser Herren sind die armen Teufel ausgeliefert. Der „Armenvater“ B. hatte einem ausgeheuerteten Erwerbslosen die vielen Kinder vorgehalten. Sehr oft beschwerten sich die Hilfsbedürftigen, die

Achtung!

Adressenänderung der Bezirksleitung

Ab sofort sind alle Postsendungen zu adressieren: Fritz Jendrosch, Gleiwitz, Ebertstraße 26. Postfachkonto: Fritz Jendrosch, Gleiwitz, Postfachamt Breslau Nr. 295 12. Telefon-Nr. 4085. Für die Bezirksleitung des AFD: Paul Hchtel, Gleiwitz, Ebertstraße 26.

dem „Armenvater“ R. in Plania zugeteilt sind. Dieser „Armenvater“, kaum den Kinderstufen entwachsen, bekleidet so ein Amt. Er speist die Antragsteller mit ein paar Mark oder einem Lebensmittelbon ab. Die Hauptfrage ist bei ihm, daß er dieselben los wird. Auch erdreißigt sich dieser junge Mann, die Leute anzuschauen und ihnen grob entgegenzukommen.

Die Bezirksvorsteher sind in der Regel gute Christen und Zentrumsleute, und das nur deswegen, weil in Stadtparlament und Magistrat die Zentrumspartei vorherrscht. Die „Segnungen“ dieser schwarzen Herrschaft sind gerichtet gegen die Interessen der breitesten Bevölkerungsschicht. Die Zentrumshegemonie zu brechen, liegt in der Macht der arbeitenden Schichten. Proleten handelt!

Betrug und Unterschlagung

Der Geschäftsfreisende Georg F. aus Groß-Peterwitz war Vertreter einer westfälischen Textilwarenfirma für den Kreis Ratibor. Da aber die Landbesitzer ihren Bedarf an Sachen und Kleidungsstücken in Ratibor selbst und in den Nachbarstädten einbedte, so hatte F. bei seinen Besuchen wenig Glück. Deshalb kam er auf den Gedanken, Bestellungen auf fingierte Namen an seine Firma einzuschicken, um die Provision zu erhalten. Als die Firma die Waren an die genannten „Besteller“ sandte, verweigerten diese die Annahme, da sie ja nichts bestellt hatten.

Vor dem Großen Schöffengericht mußte sich F. wegen Betruges und Unterschlagung verantworten. Das Gericht verurteilte den Reisenden wegen Betruges in vier Fällen und wegen Unterschlagung in einem Falle zu zwei Monaten Gefängnis.

Wieder eine Kinderleiche gefunden

Kreuzenort. Am hiesigen Orte wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes am Bahnhof gefunden. Die Stelle liegt so hinter einem Eisenbahngruppen verborgen, daß die verscharrte Leiche nur zufällig durch Eisenbahner entdeckt wurde. Die Polizei hat sofort die Nachforschungen nach der Mutter aufgenommen.

Solche Fälle mehren sich in letzter Zeit und illustrieren in drastischer Weise die faulige und moderne Gesellschaftsordnung, die heute nicht mehr allen Menschen genügend Brot geben kann. Schon im Mutterleibe der Proletarierin verhungert das Kind. Die neuen Hungerzüge der Müller-Regierung werden die Fleisch- und Brotmengen weiter verkürzen.

Neustadt

Dem Riegersdorfer „Geelforger“ hat man's angetan

Am „Dagtag“ hatte der Kriegerverein von Riegersdorf Kirchgang nach der evangelischen Kirche. Die katholischen Mitglieder schienen mitgegangen zu sein, denn das gab dem Pfarrer Schwedowitsch Anlaß, in seiner Sonntagspredigt sich in einer sehr „christlichen“ Form auszulassen. Wir möchten hier noch sagen, daß, wenn diese Kriegerverein einen Kirchgang ansetzen, man die „Gotteshäuser“ wechselt. Den Pfarrer Schwedowitsch wurmte die Sache sehr, denn er begann seine „Predigt“ damit, daß er seinen Beschülindern lehrte, daß nur die katholische Kirche die alleinigmächtige sei. Er wies noch darauf hin, daß für Katholiken die Teilnahme an einem anderen Gottesdienst verboten sei, und sollte sich so etwas noch einmal wiederholen, dann sei er gezwungen, Strafen gegen die Mitglieder seiner Kirchengemeinde zu verhängen. Nach dem, was ihm sein Herr und Meister predigte, heißt es doch, daß es ihm vorbehalten bleibe, die „ländigen“ Menschen zu strafen. Als „Diener Gottes“ glaubt Schwedowitsch auch die Sünder strafen zu können. Wen mag der Pfarrer als Richter für seine Sünden bestimmt haben?

Wleuchtet die Pfarrersöhne?

Die katholische Kirche habe für Andersgläubige keinen Platz. Nur in den Fällen, wenn es Verlobungen oder Trauungen sind. Die dichte der Pfarrer doch nur an jetzigen Geldbeutel, da hierbei was zu

verdienen ist. Wer kennt nicht den „Schönen“ Spruch: „Wenn das Geld im Beutel klingelt, die Seele in den Himmel springt!“ Die Sache hatte den „Seelforger“ so in Rage gebracht, daß er vergaß, seinen Zuhörern das Evangelium zu verkünden, und dies erst am Schluß seiner Arbeit tat. (Ob dies heiliger Born oder Sünde gewesen sein mag?) In dem Nachbarort Dittmannsdorf, wo er auch seinen Dienst verrichten mußte, tischte er dieselben alten Kamellen auf. Der Anfang war ein anderer, denn er begann: „Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“ So dumm werden die Zuhörer eingeschätzt. Besser hätte der Pfarrer getan, wenn er die Schwärzereien seines Berufscollegen von Dittmannsdorf bei Nähe seinen Schäfchen mitgeteilt hätte! Da wird alles von der katholischen Kirche unternommen, damit von solchen Dingen die Öffentlichkeit möglichst nichts erfährt, denn sie weiß, daß so etwas dazu beiträgt, ihre Schäfchen immer mehr zu verlieren und die ganze verlogene Liebertracht der Religion zu erkennen. Sollten solche Tatsachen nicht dazu beitragen, auch in Oberschlesien den christlichen Arbeitern zu beweisen, daß die Kirche eine Institution im Interesse des kapitalistischen Staates ist, gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet? Jawohl, auch der wertvolle Mann und seine Frau und ihre Kinder erkennen, daß ihre Vertreibung von Slawerei und Ausbeutung nur das Werk ihrer selbst sein kann. Die Verbreiterung der roten Massenfront gegen alle Feinde des Proletariats ist der beste Beweis.

Oppeln

Zweiterlei Maß

Die Stadtverwaltung hat sich angestrengt und endlich Pfosten für die Bewohner der städtischen Häuser aufgestellt. Es war die höchste Zeit. Dabei ist jedoch der Stadtverwaltung ein recht merkwürdiger Fehler unterlaufen, denn sie hat nämlich übersehen, für die Rheinstraße 1a (Barade) eine Pfostenlänge anzustellen. Sollte dies etwa absichtlich gemacht worden sein? Denkt sich die Stadtverwaltung, daß diese Baradenbewohner weiter ihre Leppiche und Decken ausschütteln können? Wir Bewohner der Barade verlangen, daß auch hier sofort eine solche Stange aufgestellt wird.

Termin verlegt

Der vor dem Arbeitsgericht für den 5. Dezember angeetzte Termin, wo über 50 Arbeiter den Magistrat um Zahlung des Tariflohnes verlagten, ist um eine volle Woche verschoben worden. Ueber den Ausgang der Verhandlung werden wir berichten.

Die Oppelner Auto-Verkehrsgesellschaft gibt bekannt, daß der Probefahrplan ab 6. 12. nur die Linie 1 betrifft. Für die Linien 2, 3 und 4 tritt der neue Winterfahrplan erst mit dem 10. 12. in Kraft. Die Pläne werden an den Haltestellen ausgehängen und sind auch Aufschl. im Büro, Rosenberger Straße 8, zu haben.

Arbeitsmarktlage in Oberschlesien

Vom 26. November bis 1. Dezember.

Arbeitsuchende Hauptunterstützungsempfänger in der

Table with 4 columns: Arbeitslosen-Verfügung, Arbeitslosenzahl, Offene Stellen, Durchschnitt. Rows for Berichtswoch, Vormoch, and Vorjahr.

In der Berichtswoch stieg die Arbeitslosigkeit noch schneller als in den Vormoch. Dies ist besonders in der Bau- und Forstwirtschaft, Industrie der Steine und Erden, Baugewerbe und in den Lohnarbeiten wechselnder Art der Fall. Der Anstieg bei den Arbeitsämtern betrug am Stichtage (28. v. M.) 1:127, d. h. auf eine offene Stelle kamen 127 Arbeitsuchende gegenüber 1:106 der Vormoch.

Ost-Oberschlesien

Jugentgleisung infolge starken Schneefalles

Rybnik, 6. Dezember. Der plötzlich einsetzende Schneefall hatte im Kreise Rybnik einen Eisenbahnunfall zur Folge. Auf der Station Kiedobisch bei Rybnik entgleiste ein Güterzug. Ein Eisenbahnbeamter wurde schwer verletzt. Der Materialschaden ist groß. Der Zugverkehr erfuhr Einschränkungen, so daß die Güle nach Rybnik mit ziemlicher Verspätung eintrafen. Der Personenverkehr konnte nur durch Umsteigen an der Unfallsstelle aufrechterhalten werden. Die Ursache der Entgleisung ist auf starke Schneeverwehungen zurückzuführen, so daß eine Weiche nicht funktionierte.

Betriebsmord auf der Eisenbahn

Rattowitz. Einem Eisenbahner wurde hier beim Rangieren der Kopf abgehauen.

Adnigshütte. Arbeitslosenzahlen. Nach einer Aufstellung des Arbeitsvermittlungsamtes waren in der letzten Berichtswoch 1812 Arbeitslose registriert, darunter 1181 männliche. Arbeitslosenunterstützung erhielten 686 Personen. Infolge Einstellung verschiedener öffentlicher Arbeiten erhöhte sich die Arbeitslosenzahl um 120.

Achtung, Zellen- und Ortsgruppenleiter!

Alle ausgefüllten Reichskontrollbogen sind sofort an die Bezirksleitung einzuliefern. Wir weisen noch einmal darauf hin, daß die Aufsertigung der ab 1. Januar geltenden neuen Mitgliebsbücher abhängig ist von der Einsendung der Reichskontrollbogen.

Kurze

Den Zellen und Ortsgruppen zur Kenntnis, daß alle für Monat Dezember vorgesehenen Kurse mit Rücksicht auf die jetzt laufenden Parteiveranstaltungen zur Entgegennahme des Berichts des 6. Weltkongresses zurückgestellt werden. Die Kurse werden bestimmt im Monat Januar und sofort durchgeführt werden.

Werbung für Partei und Presse

Den Leitungen der Zellen und Ortsgruppen sind die Arbeitspläne zur Durchführung der Werbung für Partei und Presse laufend ab 1. Januar bis 30. März 1929 zugegangen. Wir eruchen um strikteste Einhaltung aller Termine, welche zur Vorbereitungsarbeit des Ende Dezember dienen. Arbeitspläne können von den Ortsgruppen bei der Bezirksleitung angefordert werden.

Bezirksleitung der AFD.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen: Besess. Sonabend 19 Uhr... Besess. Sonntag 15 Uhr... Besess. Sonntag 10 Uhr... Besess. Sonntag 10 Uhr... Besess. Sonntag 6 Uhr... Sonstige Organisationen: Gleiwitz, Freizeiter. Sonabend 20 Uhr im Vereinslokal...

Briefkasten

Die Aufschrift „Der raffinierte Briefkasten“ ist anonym erfolgte, kann nicht veröffentlicht werden.

# EINTRITTSKARTE

## Traute Hoelz spricht

am 11. Dezember 1928, abends 8 Uhr, im „Bergkeller“, Kleitschkaustraße, über

## Der Staatsanwalt greift an!

Eintritt 20 Pfennig  
Erwerbslose an der Kasse 10 Pfennig

Rote Hilfe, Ortsgr. Breslau

## Eine Mahnung

habt ihr bereits wegen der Reichskontrolle bekommen. 50 Ortsgruppen sind bisher bisher nachgekommen und haben sämtliches Kontrollmaterial eingesandt. (Bis zum 2. Dezember sollte alles nachgeholt sein.) Wir machen euch darauf aufmerksam, daß eure Ortsgruppenleitung öffentlich mit Angabe des Namens genannt wird, falls das Kontrollmaterial nicht bis zum 7. Dezember im Besitze der RR. ist.

# Arbellersport

## Das Ortskartell Salzbrunn-Idelsbach gegen die Zentralkommission

Die Sitzung des Ortskartells beschäftigte sich mit einer reichhaltigen Tagesordnung. Man nahm zuerst die Abrechnung vom Kartelltreffen entgegen. Anschließend folgten die Berichte des Amtes für Leibesübungen und über die Beitragsführung. Aus letzterem Bericht, der eine lange Debatte auslöste, ist für die Kartellvereine beachtenswert, daß Anträge zur Generalversammlung des Ortskartells bis 30. Dezember schriftlich einzureichen sind. Gegen den Spaltungskurs der Zentralkommission wurde ein Antrag an das Bezirkskartell einstimmig gefaßt. Nach dem Schreiben der Zentralkommission findet die Tagung der Ortskartelle Niederschlesens am 20. Januar 1929 in Breslau statt. Als Delegierter wurde der Vorsitzende, Sportgenosse Galle, gewählt. Des Weiteren besaß das Schreiben die Heilighaltung der Sonn- und Feiertage für Sportvereine. Es heißt: Der Ertrag des Ministeriums des Innern vom 6. November 1921 verlangt, daß während des Hauptgeschäftes geräuschvolle und sportliche Veranstaltungen in der Nähe von Kirchen oder ähnlichen Räumen unterbleiben müssen. Dagegen sind alle Schaustellungen, also auch turnerische und sportliche Veranstaltungen, am Karfreitag sowie Freitag für die ganze Dauer des Tages und an allen Orten verboten. Die Maßnahme ist bei den Sportgenossen helle Empörung aus. Mitgeteilt wurde, daß Anträge für Heilighaltung der Jugendpflege bis 31. März eingereicht sein müssen. Unter dem letzten Punkt lag vom Radfahrverein Ober-Salzbrunn ein Antrag vor, die Gemeinde solle durch das Ortskartell um Freigabe der

Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Breslau. Freitag, 20 Uhr, wird in einer allgemeinen Mitglieder-Versammlung der Kolonie Groß-Breslau im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses der technische Leiter des Arbeiter-Samariter-Bundes, Genosse Dunkel-Schemmly sprechen. Vollständiges Erscheinen der Mitgliedschaft und der Freunde der Arbeiter-Samariter wird erwartet. Die Funktionärschule am Donnerstag fällt aus!

Arbeiter-Radfahrer-Verein. Sportabteilung. Heute, um 20 Uhr, Versammlung bei Böhm, Jahnstraße. Die Turnstunde am Freitag fällt aus.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“. Heute Donnerstag Versammlung. Vortrag Dr. Splizer: „Sexualfragen der Gegenwart“. Donnerstag, 13. Dezember, Vorstandssitzung, Photographen. Freitag, 21. Dezember, Winter-Sonnenwendfeier, kleiner Saal des Gewerkschaftshauses.

Balbenburg. Vom Bezirkskartell. Gemäß der Auforderung des Kreisjugendamtes haben wir auf Grund des Beschlusses der letzten Beitragsführung folgende Genossen als Vertreter dem Kreis auszuwählen vorgeschlagen: Gelle-Sandberg, Köhler-Weißstein, Gade-Seitenhof, Steinberg-Dittersbach, Dreher-Fellhammer, Freund-Balbenburg. Als Ersatzleute: Herrmann-Salzbrunn, Schneider-Ober-Balbenburg, Bergmann-Fellhammer-Grenze, Hedert-Neu-Krausen-dorf, Kust-Sandberg und Schell-Neuhendorf. Sobald eine Bestätigung von Seiten des Kreisamtes erfolgt, bitten wir unsere Geschäftsstelle davon in Kenntnis zu setzen. Etwas nötige Anträge auf Grund der letzten Sitzung des Kreisamtes für Jugendpflege wollen die Vereine bald einreichen, damit sie beraten und nach rechtzeitig weitergegeben werden können. Jede Veränderung der Adressen von Vereinsvorsitzenden auf Grund der Generalversammlungen bitten wir ebenfalls sofort mitzuteilen, damit unsere Rundschreiben keine Verzögerungen erleiden.

## Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Donnerstag und Freitag, 5 und 8 Uhr

## Das Erwachen des Weibes

Mädchenschicksale

Die Hülle von Rio  
Wege des Mädchenhandels  
Jugend verboten!  
Einheitsplatz mit Ausweis nur 50 Pfennig  
Arbeiter-Sportkartell E.V.

## Vereinigte Theater

### Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 1. 12. bis Sonnabend, den 8. 12. täglich 20.15 Uhr  
Zum 1. Male  
Die Dreigroschenoper  
von Bert Brecht  
Musik von Kurt Weill

### Thalia-Theater

Von Sonnabend, den 1. 12. bis Sonnabend, den 8. 12. täglich 20.15 Uhr  
Zum 1. Male  
Kapitän Brassbonds Bekehrung  
von Bernard Shaw  
Deutsch v. Siegf. Trebitsch

### Schauspielhaus

Operettenbühne  
Breslau  
Telephon Nr. 36300  
Täglich 20 Uhr  
Der große Operetten-Erfolg  
Die Herzogin von Chicago  
Musik von Emmerich Kalza

### Stadt-Theater Breslau

(Opernhaus)  
Donnerstag, 20 Uhr  
Der fliegende Holländer  
Freitag, 19.30 Uhr  
Abendmatters-Vorstellung Serie H 7  
Margarete (Faust)  
Sonnabend, 19.30 Uhr  
Die Zauberflöte  
Sonntag, 20 Uhr  
Cavalleria rusticana  
hierauf: Der Bajazzo

### Wäsche

Garderobe  
Bilder  
Strickkostüme  
erleichterte Zahlungs-Bedingungen  
KFR-Kameras und Parteilieders  
deckt Euren Bedarf bei

### S. Tarszys

Breslau  
Freiburgerstr. 20 I.

### Sie verdienen

10 Mark mit Schürzen  
Flur persönl. kommen

### Reste

in Serge, Kiltel, Leinwand, Kermesfäher, Kollfar, Garn, Knöpfe, Kerseife, Erdöl, alles sehr billig prima Ware  
Detail und Supras  
Borth. Lippert  
Breslau

### Gezett Seiten

25 und 40 Mark rote Seiten  
bestellt  
Lohrer, Kaiserstr. 12

## Dr. Franz Bacher

Facharzt für Haut- u. Geschlechtskrankheiten  
verzogen nach Friedr.-Wilh.-Straße 105  
am Striegauer Platz  
Fernsprecher 21140  
Sprechstunden: 10-1, 4 1/2-8 1/2 Uhr

## Lagerraum

von 340 qm Größe  
im Erdgeschoß im Zentrum der Stadt  
vom 1. Januar 1929 ab zu vermieten.  
Näheres im Mag.-Büro II, Blücherpl. 14, 3. Stock, Zimmer 54

## Bekanntmachung.

Pfänder - Versteigerung  
am Donnerstag, dem 13. Dezember 1928  
vormittags 9 Uhr  
Rote Straße bis Nr. 97 000  
Weiße Straße bis Nr. 43 000  
Verlängerungen werden nur bis zum 8. Dezember 1928 angenommen.  
Som 12. Dez., mittags 1 Uhr ab bis zum 14. Dez., mittags 1 Uhr, ist das Leihhaus für Annahme und Ausgabe von Pfändern geschlossen.

## Städtisches Leihhaus

Breslau, Messinggasse 9, Ecke Stadgasse.

## Möbel

Küchen, komplett, 7-teilig  
Schrank, poliert, 2-teilig  
Ausrichtische, polierte Stühle  
Preisw. Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer  
Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Anlege-  
matratz. u. alle Art. Einzel- u. Kleinfabel  
Blücher u. Dührig  
Süß- u. Woll / ca. detail, ca. 2114  
Klosterstr. 107 u. Weinbergsweg 13/20

## Statt jeder besonderen Anzeige

Heute nachmittag entschlief sanft nach langer Krankheit, mein innig geliebter, guter Mann

## Bürgermeister Dr. Hans Herschel

im Alter von 53 Jahren.  
Breslau 1, Ohlauer Stadtgraben 3 III  
den 5. Dezember 1928

Gertrud Herschel geb. Fuß

Ort und Stunde der Beisetzung werden noch bekanntgegeben.  
Beileidsbesuche dankend abgelehnt.

## Fundsachenversteigerung

Die Fundsachen aus der Zeit vom 1. 4. 1928 bis 30. 9. 1928 werden am Mittwoch, dem 12. Dezember 1928, vormittags 9 Uhr in der früheren Omnibus-halle, Logenstr. 74, meistbietend gegen Vorkaufzahlung versteigert.

Verwaltung der städtischen Straßenbahn

Leder - Schäfte - Bedarfs-Artikel  
Lederhandlung  
Max Wallasch, Frankfurter Str. 122

## Kaulhaus Goldnes Zentor

Breslau, Klosterstraße 47  
Kurz-, Weiß- und Wollwaren  
Wäsche, Strümpfe  
Crikotagen - Herren-Artikel

## Tassilo Krienke

Zigarren-Spezialhaus  
Ritterplatz 10 Sternstr. 5/9

## Direkt aus der Fabrik

unser berühmter alter  
Breslauer 35° p. Ltr. M. 2.10  
Weinbrandverschnitt 2.80  
la 38° p. Ltr. M. 2.80  
Jamaica-Rum-Verschnitt 2.80  
38° p. Ltr. M. 2.80  
Rotroter Südwine 1.25  
kräftig u. süß, per Ltr. M. 1.25  
Sämtliche Liköre und Weine zu unübertroffenen Preisen  
Herzberg & Co.  
Görlitzerstr. 48, Blücherplatz 17/18,  
Hindenburgstr. 3, Klosterstr. 62,  
Zeilstr. 18, Eisenstr. 17

Wir empfehlen unsere

## Buchdruckerei

zur Anfertigung von  
Werken  
Plakaten  
Briefbogen  
Rechnungen  
Programmen  
Einlaßkarten  
Flugblättern  
Massenauf-lagen usw.  
Gute Ausstattung  
Niedrigste Preise!



PEUVAG  
Papier-Erzeugung- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft  
Berlin  
Fil. Breslau  
Treibitzer Str. 50

## Sumpen

Rilo 8 und 10 Pfg.  
Eisen, Metalle, Papier  
Knochen und Felle  
h d e Preise  
Johann Demsky  
Schweidnitz  
Kreuzgang Nr. 1

## Oskar Friebe

Liegnitz  
nur Spoorstr. 8  
am Kohlmarkt  
liefert Ihnen preiswert gute Arbeitskleidung f. Männer und Burschen

## Oskar Dietrich, Schmiedeberg

Niederstein Nachfolger  
Futtermittel, Kolonialwaren

## Kleidung

Jeder Art  
kaufen Sie ganz besonders preiswert bei  
B. Berkowitz  
Bolkenhain

## Lederhandlung

Simon Sachs  
Hirsberg 1. Riesengäß.  
Täglich  
frischer Leder-Ausschnitt

## Gustav Künzel

Kaufung a. d. Katzbach  
Kolonial- und Gemischtwaren

## Puppenwagen

Grosse Auswahl!  
Niedrigste Preise!

## Kinderwagen-Spezialhaus

Alfred Schmidt  
Liegnitz, Breslauer Str. 69



## Höhensonnenmilch

ist jetzt lieferbar!

Gute Frischmilch ist nach wie vor beste Kinderkost. Unsere beste Flaschenmilch wird jetzt nach dem Verfahren von Dr. Scholl - Bad Tölz mit den ultravioletten Strahlen der Quarzlampe „Künstliche Höhensonne“ - Original Hanau - bestrahlt. Die so entstandene „Höhensonnenmilch“ ist nicht nur beste Kinderkost, sondern gleichzeitig sicheres Heilmittel und Vorbeugungsmittel bei Rachitis (englische Krankheit). 300-500 Gramm täglich, je nach Alter des Kindes, heilen jede Rachitis in 4-8 Wochen.

Wir bitten deshalb die Herren Aerzte, in Elternkreisen dafür einzutreten, daß dieses natürlichste Rachitisheil-mittel zur Anwendung gelangt. Auch für werdende Mütter gibt es keine bessere Zusatzkost. Die Anreicherung des mütterlichen Organismus mit antirachitisch wirkenden Vitaminen bewahrt das werdende Kind vor dieser Krankheit des Kindesalters. Es besteht keine Gefahr der Überdosierung! Höhensonnenmilch - Original Hanau - ultraviolettbestrahlt nach Dr. Scholl, kostet nur 20 Pfg. für die Flasche mit 250 Gramm Inhalt und ist in allen unseren Verteilungsstellen erhältlich.

Vorherige Bestellung erbeten unter Telephon 401.

## Görlitzer Molkerel

E. G. m. u. H.  
Görlitz, Emmerichstr. 54/55

Inserate  
in unserer  
Zeitung  
haben  
größten  
Erfolg

# Die Zentralkampfleitung an die deutsche Arbeiterschaft!

Essen, 6. Dezember.

Die zentrale Kampfleitung erläßt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

Kollegen, Genossen! Was die revolutionäre Opposition, was wir euch als eure gewählten Kampfleitungen zu Beginn und während des ganzen Verlaufs der Bewegung sagten, ist eingetroffen. Die reformistischen und christlichen Führer der Metallarbeiterverbände haben vor den Unternehmern und der Koalitionsregierung hundertprozentig kapituliert. Sie haben nicht nur die Forderungen der Metallarbeiter: 15 Pfennig Lohnerhöhung, Achtstundentag und dreigeteilte Schicht bei vollem Lohnausgleich ausgegeben, sie haben auch auf die Durchführung des vollständig ungenügenden Schiedsspruches verzichtet und alles in die Hände des sozialdemokratischen Polizeiministers gelegt, dem die Unternehmer von vornherein das vollste Vertrauen entgegenbrachten und dessen, vorher mit ihnen vereinbarten, Spruch anzunehmen, sie sich bereit erklärten. Die Führer des M.A. und des Christlichen Metallarbeiterverbandes gingen diesen Weg, weil sie nicht in der Front der Arbeitermassen als deren ehrliche Führer standen, sondern weil sie die Agenten der herrschenden kapitalistischen Klasse in den Reihen der Arbeiter sind.

Denn sie stehen auf dem Boden des heutigen kapitalistischen Staates, sie unterstützen und fördern die Entwicklung der heutigen imperialistischen Wirtschaft, sie sind die feste Stütze der Koalitionsregierung, die nichts anderes ist, als die Geschäftsführung der Finanz- und Trustbourgeoisie.

Es ist ihnen gelungen, trotz der heftigsten Gegenwehr der unteren Kampfleitungen stehenden Massen einen Teil der Kämpfenden zu verwirren, die Kampffront der Metallarbeiter zu zerbrechen und sie den Metallindustriellen auszuliefern.

Sie haben damit die geschlossene Weiterführung des Kampfes um die Durchsetzung der ursprünglichen vom Metallarbeiterverband aufgestellten Forderungen verhindert.

Denn diese Forderungen können nicht durchgeführt werden durch den Kampf von nur einigen Belegschaften oder Teilen von Belegschaften, sondern nur bei vollkommener Einheitsfront und Geschlossenheit der Metallarbeiterfront.

Angesichts dieser Lage fordert euch die Kampfleitung auf, geschlossen in die Betriebe zurückzukehren. Wohl seid ihr verraten, aber nicht geschlagen. Ohne Unterbrechung müßt ihr jetzt mit größter

Energie und Geschlossenheit innerhalb der Betriebe im engsten Kontakt der Belegschaften untereinander den Kampf weiterführen um die Erhöhung der Löhne, um die Verkürzung der Arbeitszeit.

Der Kampf wird nicht ohne Erfolg sein, wenn die Metallarbeiter, wenn die Gesamtheit der deutschen Arbeiterschaft aus den Erfahrungen des Ruhrkampfes die notwendigen Lehren zieht.

Die wichtigsten dieser Lehren sind:

Kein Vertrauen den sozialdemokratischen und christlichen Vertretern in Betrieb und Gewerkschaft.

Kein Vertrauen gegenüber der sozialdemokratisch-kapitalistischen Koalitionsregierung.

Kein Vertrauen zu sozialdemokratischen und christlichen Ministern, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten usw.

Keine Illusion über den Wert des Schlichtungswesens!

Hinein in die kommunistische Partei. — Ihr jungen Metallarbeiter, hinein in den kommunistischen Jugendverband.

Hinein in den Deutschen Metallarbeiterverband, kämpft dort an der Seite der revolutionären Opposition.

Hinein in die Internationale Arbeiterhilfe.

Organisiert die revolutionäre Arbeiterfront in den Betrieben und in den Gewerkschaften!

Bei den kommenden Neuwahlen der Gewerkschaftsfunktionäre keine Stimme einem der sozialdemokratischen Verräter.

Bei den kommenden Betriebsrätewahlen hinweg mit allen den Gestalten, die sich als Arbeiterfeinde und Vertraute des Ministers Severing erweisen.

Nieder mit der verräterischen Verbandsbürokratie!

Nieder mit dem arbeiterfeindlichen Schlichtungswesen!

Nieder mit der sozialdemokratisch-kapitalistischen Koalitionsregierung!

Nieder mit den Trustkapitalisten, den Kriegstreibern und Trägern der Kriegsbetrugungen!

Es lebe der Kampf um 15 Pfennig Lohnerhöhung, Achtstundentag, dreigeteilte Schicht und vollen Lohnausgleich!

Es lebe die Einheitsfront der kämpfenden Metallarbeiter unter revolutionärer Führung!

Wir sind nicht geschlagen — wir kommen mit verstärkter Kraft wieder!

Die zentrale Kampfleitung.

die Lebensbedingungen der Heereangehörigen und die Aufmarscharbeit verbessert werden sollen.

Nach einem Hinweis auf die stetig wachsende Bedeutung der inneren Staatsanleihen teilte der Finanzkommissar mit, daß die Einnahmen aus Anleihen auf 800 Millionen Rubel, d. h. um 52 Prozent mehr als im Vorjahre, berechnet seien. Die innere Staatsschuld betrug am 1. Oktober 1928 1800 Millionen Rubel gegen 750 Millionen im Vorjahre.

## Die Regierung für Vollsaunderung zur Abstimmung über die Anträge auf Erhöhung des zollfreien Gefrierfleischkontingents

(Vgl. Ber.) Berlin, 5. Dezember.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hatte — wie gestern gemeldet — zur Landwirtschaftsdebatte den Antrag eingebracht gemäß dem Beschlusse des Städtetages, der eine Erhöhung der Einfuhr von Gefrierfleisch von 50 000 auf 150 000 Tonnen vorseht, und der ferner fordert, daß die Verteilung dieses Gefrierfleisches nur durch Genossenschaften und Gemeinden zu geschehen habe. Obgleich die Sozialdemokraten im Ausschuss, allerdings ohne dazu zu sprechen, dem kommunistischen Antrag zugestimmt hatten, stellten sie im Plenum des Reichstags einen anderen Antrag, der lediglich die Erhöhung des Kontingents auf 120 000 Tonnen vorseht. Doch wie heuchlerisch die ganze Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist, bewies die von der kommunistischen Fraktion beantragte namentliche Abstimmung. Nur ganz zögernd erhoben sich die sozialdemokratischen Abgeordneten zur Unterstützung des kommunistischen Antrages. Zu vor jedoch waren die sozialdemokratischen anwesenden Minister aus dem Sitzungssaal verschwunden, um sich vor der Abstimmung zu brüden. Nach der Abstimmung, die die Ablehnung des Antrages gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien brachte, sah man, wie Hermann Müller auf die sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Preußner und Dittmann heftig einredete. Die sozialdemokratischen Minister haben sich offensichtlich darum von der Abstimmung gedrückt, weil das Kabinett einstimmig der Auffassung war, daß eine Erhöhung des Gefrierfleischkontingents im Plenum nicht durchkommen dürfe. Der demokratische Minister Dietrich sprach dies auch offen aus. Die bürgerlichen Parteien folgten dem Regierungsbefehl, und selbst das Zentrum, das immer versucht, sich bei den Proleten einen sozialen Anstrich zu geben, stimmte sowohl gegen den kommunistischen wie auch gegen den sozialdemokratischen Antrag.

So empfahl die Reichsregierung die Vollsaunderung, und die Parteien des Bürgertums beschloßen sie. Wieder einmal zeigt sich, daß die Regierung unter sozialdemokratischer Führung lediglich die Interessen des Großkapitals und der Junker vertritt, mit dem Unterchied, daß früher Deutschnationale das taten, was jetzt die Sozialdemokraten tun.

## Aus aller Welt

### Von Ratten angegriffen

Die Folgen des Wohnungselends

Unser Bremer Bruderblatt gibt eine herzerregende Schilderung davon, wie in Bremerhaven ein zweijähriges Kind im Schlaf von Ratten angegriffen wurde. Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt:

In der Grabenstraße 66 b wurde in der Nacht vom Sonntag auf Montag eine dort wohnende Frau durch lautes Weinen ihres zweijährigen Kindes aus dem Schlafe geweckt. Es rief schluchzend: „Mutti, Puffi beißt!“ Als die Mutter Licht gemacht hatte und an das Bett ihres Kindes trat, sah sie dort

zwei große Ratten, die von dem Arme des Kindes große Stücke herausgerissen und denselben lurchigbar verkrüppelt hatten.

Das Kind mußte zum Krankenhaus gebracht werden und liegt dort sehr schwer danieder. Noch am Dienstagabend hatte es hohes Fieber; es besteht jedoch Hoffnung, das Kind am Leben zu erhalten.

Hier handelt es sich um einen besonders krassen Fall von Wohnungselend. Die Fußböden in diesen Elendsquartieren — fälschlicherweise Wohnungen genannt — sind dermaßen morsch und von Ratten zerfressen, daß die Hauspolizei nur mit Mühe und Not die Fußböden der 1. Etage beschreiten konnte. Und bei solchen schauerhaften Zuständen gibt es im Bremerhavener Stadtparlament noch Leute, die eine Wohnungsnot bekreiten. Bei der Rattenburg im Hause Grabenstraße 66 b wurde die Eigentümerin des öfteren zur Reparatur der Fußböden aufgefordert, vergeblich!

Ein Kind von Ratten bei lebendigem Leibe beinahe buchstäblich aufgefrisst! Und das in einem sogenannten Kulturstaat, im 20. Jahrhundert, im soeben vollendeten 10. Jahre der sogenannten Revolution! Krasser und eindringlicher konnte das Wohnungselend der beschlagnahmten Klassen Deutschlands nicht demonstriert werden, als hier geschehen. Aber so muß es ja kommen. Die Republik hat wohl Geld für Kriegsrüstungen, sie baut mit Hilfe der Sozialdemokratie Panzerkreuzer im Werte von etwa 500 Millionen Mark. Für menschenwürdige Wohnungen aber ist kein Geld da.

Und so müssen die Proleten in Elendslöchern hausen und ihre Kinder den Ratten zum Fraße dienen!

Fürwahr, wir haben es herrlich weit gebracht in dieser vielgeliebten deutschen Republik, in der ein Sozialdemokrat Reichskanzler ist!

### Schiebungen mit türkischen Banknoten

Angora, 3. Dezember. Die türkischen Sonntagszeitungen bringen die überraschende Meldung, daß der Ertrag der alten Noten durch republikanische Noten einen Betrag gigantischen Ausmaßes ans Tageslicht gebracht hat. An Stelle des erwarteten Ueberschusses von 15—20 Millionen türkischer Pfund ist in Wirklichkeit ein Defizit von etwa einer Million Pfund zu verzeichnen, das bedeutet, daß ein Betrag von mehr als 15 Millionen türkischer Pfund (etwa 33,4 Millionen Mark) verloren gegangen ist. Dieser Diebstahl könnte nur dadurch erklärt werden, daß Bankbeamte alte Scheine wieder in Umlauf gebracht haben. Die Untersuchung ist noch im Gange.

### 17 Todesopfer beim Abbruch des brasilianischen Flugbootes.

London, 4. Dezember. Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, sind bei dem Flugzeugunglück 17 Personen ums Leben gekommen. Ein Augenzeuge berichtet, daß das Flugzeug in einer Höhe von etwa 100 Metern in Gefahr kam, mit einer anderen Maschine zusammenzustößen. Der Führer rief das Steuer herum, wobei infolge der außerordentlichen Belastung ein Flügel des Flugzeuges abbrach. Der Absturz war unvermeidlich. Beim Aufschlagen auf Wasser erregte sich dann die Explosion. Nur der Mechaniker konnte lebend geborgen werden, verstarb aber auf dem Transport ins Krankenhaus. Die Festlichkeiten zu Ehren des brasilianischen Luftpioniers Santos Dumont, zu deren Teilnahme das verunglückte Flugboot eine Anzahl führender Persönlichkeiten nach Rio bringen wollte, sind infolge des Unglücks auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

# Neue Steuergeschenke an das Großkapital

Nachdem soeben die Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen durch die weitere Verlängerung der Ermäßigung der Fusionssteuer dem Konzern- und Trustkapital viele Millionen Steuergeschenke zugeschanzt hat, hatte sich der Steuerauschuß des Reichstages am 4. Dezember mit einem neuen Vorstoß ähnlicher Art von Seiten der Deutschnationalen zu beschäftigen.

Das geltende Grunderwerbsteuergesetz schreibt in seinem § 10 vor, daß die Grundstücke der toten Hand einschließlich der Aktien-gesellschaften um volle 20 Jahre einmal mit der geltenden Grunderwerbsteuer zu belasten sind. Nach § 29 des Gesetzes soll die Steuerpflicht der toten Hand zum ersten Male mit dem 1. Januar 1929 oder spätestens 10 Jahre nach der Bindung oder dem Erwerb eintreten. Jedoch ist für die erstmalige Besteuerung die Steuer auf 1 v. H. des gemeinen Wertes vorgeschrieben. Dazu dürfen die Gemeinden nach § 38 des Finanzausgleichgesetzes 1/2 v. H. Zuschlag erheben.

Das Reichsfinanzministerium hat bisher nichts getan, um diese Bestimmung des Grunderwerbsteuergesetzes anzuführen, obwohl der erste Erhebungstermin am 1. Januar 1929 unmittelbar bevorsteht. Das benutzen die Deutschnationalen, um durch einen Antrag, den der Abgeordnete Rademacher begründete, die Streichung dieser Besteuerungsvorschriften zu fordern. Dr. Hoff (W.) sekundierte natürlich getreulich. Herold vom Zentrum plädierte mit vielem Wesen und sehr für die Herauschiebung des ersten Erhebungstermins, um Zeit zu gewinnen für die Aufhebung der ganzen Sondervorschriften. Keil von der SPD. verlangte Aufrechterhaltung der Bestimmungen und erstmalige Erhebung der Steuer am 1. Januar 1930. Der preussische und der bayerische Regierungsvertreter verlangten unter Hinweis auf

die Finanznot der Länder und Gemeinden die Durchführung des Gesetzes.

Für die SPD. sprach Genosse Hölllein. Er forderte, unbeschadet der grundsätzlichen Stellung der Kommunisten zur Grunderwerbsteuer, die unbedingte Durchführung der Besteuerung der toten Hand zum gesetzlich festgelegten Termin. Die Nichtdurchführung würde eine schwere Ungerechtigkeit gegen die Bauern, Handel- und Gewerbetreibenden bedeuten, die bei jedem Besitzwechsel eines Grundstücks mit weit höheren Steuerlasten belastet werden. Zu dem Standal der Schenkung der Fusionssteuer an das Groß- und Konzernkapital dürfe nicht noch der Standal der Beseitigung der Besteuerung der toten Hand mit der Grunderwerbsteuer treten, zumal die Länder und Gemeinden auf Grund des gesetzlichen Versprechens mit den erhöhten Einnahmen gerechnet und ihre Etats darauf abgestellt haben. Bei Nichtdurchführung des Gesetzes müsse die Reichsregierung den Gemeinden unbedingt Ersatz für den Ausfall leisten. Das Verhalten des Reichsfinanzministeriums sei ein offener Standal. Es habe keinen Finger gerührt, um zum gesetzlich vorgeschriebenen Erhebungstermin der Steuer von der toten Hand die Anpassung des Gesetzes an die seit 1919 veränderten steuerpolitischen Verhältnisse herbeizuführen und die notwendigen Ausführungsverbordnungen zu erlassen. Das zeige, daß es die Durchführung der Gesetze sabotieren wolle. Die Kommunisten bestehen deshalb auf sofortiger Durchführung des Gesetzes. Auf Antrag des Zentrums wurden die Verhandlungen bis Dienstag, den 11. Dezember vertagt, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Das Durcheinander der Regierungsparteien zeigt wieder einmal augenscheinlich die Rolle der SPD. in der Koalitionsregierung. Sie wird auch hier wiederum im Interesse ihrer Regierungshöhe vor dem Konzernkapital kapitulieren müssen.

# Der sozialistische Aufbau in der U.G.S.R.

## Gewaltige Erhöhung der Staatsausgaben für Industrie und Landwirtschaft Das Zentralkomitee der Sowjetunion befaßt sich mit dem Budget

Moskau, 5. Dezember. Die ordentliche Session des Zentralkomitees der Sowjetunion, die der Prüfung des Staatshaushalts und des Entwurfs eines Gesetzes über Landverteilung und Landbenutzung gewidmet ist, wurde gestern eröffnet. Weitere Punkte der Tagesordnung sind u. a. noch Entgegennahme des Berichtes über die Wahlen zu den Sowjets und eines Berichtes der Regierung der Usbekenrepublik.

Finanzkommissar Brjuchanow legte der Session des Zentralkomitees den Staatshaushalt der Sowjetunion vor, der auf 700 Millionen Rubel, also um eine Milliarde mehr als im Vorjahre, veranschlagt ist.

An Steuereingängen sind 3803 Millionen Rubel und an sonstigen Einnahmen 2976 Millionen Rubel vorgesehen.

Die Ausgaben werden auf 7650 Millionen Rubel, d. h. um 1250 Millionen Rubel mehr als im Vorjahre, veranschlagt; dem Staatlichen Reservefonds werden 50 Millionen Rubel abzurufen.

Brjuchanow hob bei der Erläuterung des Staatshaushalts die beträchtliche Erhöhung der Ausgaben für die Finanzierung der Volkswirtschaft hervor, die 2200 Millionen Rubel oder 50 Prozent mehr als im Vorjahre betragen. Davon sind für die Industrie 939 Millionen Rubel oder 48 Prozent mehr als im Vorjahre und für die Landwirtschaft 468 Millionen Rubel oder 88 Prozent mehr als im Vorjahre bestimmt.

Die Ausgaben für soziale und Kulturzwecke belaufen sich einschließlich der im Rahmen der örtlichen Budgets zu dem gleichen Zweck bereitgestellten Beträge auf 1600 Millionen Rubel gegen 1400 Millionen im Vorjahre.

Die Ausgaben für Landesverteidigung betragen 840 Millionen Rubel (im Vorjahre 742 Millionen). Die Ausgaben für das Militärwesen stellen elf Prozent des gesamten Staatshaushalts dar, während sie in einem Nachbarstaate (Polen) vierzig Prozent des Staatshaushalts ausmachen. Der Finanzkommissar erklärte, daß die Zunahme der Ausgaben für das Militärwesen darauf zurückzuführen sei, daß

# Was wird nun kommen?

## Lehren des Ruhrkampfes

Was bedeutet dieser Ausgang des Ruhrkampfes, der Sieg der Unternehmer durch Verrat der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer? Welche Folgen sind zu erwarten? Was wird kommen? Diese Fragen bewegen zurecht die Arbeiterklasse. Denn daß der Ruhrkampf nicht eine bloße Angelegenheit der Hüttenarbeiter war, sondern alle Arbeiter anging, das hat jeder politisch denkende Proletarier gesehen.

Was nun? Sehen wir erst zu, wie das Unternehmertum in seiner Presse den Ausgang des Ruhrkampfes betrachtet. In der „Kölnischen Zeitung“ vom 3. Dezember und in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, zwei hervorragenden Unternehmerorganen, ist eine fast wörtlich gleichlautende Wertung des Kampfergebnisses veröffentlicht. Die „Kölnische Zeitung“ stellt zunächst fest, daß der Kampf keineswegs sinnlos war. Dann heißt es wörtlich:

„Der Kampf der Eisenindustrie ging nicht gegen die Staatsautorität, sondern gegen eine bürokratische Lohnregelung ohne jede Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage. In diesem Sinne ist er, wenn nicht alles trägt, erfolgreich gewesen. Die bisherige mechanische Lohnpolitik erfährt eine Korrektur.“

Wenn der Arbeitskampf an der Ruhr nach dieser Seite hin eine Warnungslafel aufreißt, so war er nicht sinnlos, sondern hat seinen volkswirtschaftlichen Zweck erfüllt, hat als Gewitter geläutert. Hinzu kommt noch ein anderes Ergebnis. Die Aussperrung war ein Menetekel für die gewerkschaftliche Lohnpolitik im allgemeinen und die Metallarbeitergewerkschaften im besonderen. Der Eindruck des Kampfes war nach dieser Richtung hin sehr aufschlußreich. Die Gewerkschaften waren bestürzt und überrascht, daß ihnen doch endlich einmal Paroli geboten wurde. Sie hatten nicht damit gerechnet. Sie haben seit langer Zeit wieder einmal ein Lehrgeld bezahlen müssen, und sie werden in Zukunft, da sie das Risiko ihrer Forderungen nun kennen, vorsichtiger werden. So war der Kampf, mag man über die Methode seiner Eröffnung denken, wie man will, mag man die Notstände, die er im Gefolge hat, bebauern, doch notwendig und zweckvoll: er hat gewarnt und er hat berichtigt. Wenn mit seinem Ende auch das Ende der bisherigen mechanischen und bürokratischen Lohnpolitik eingeleitet wird, wenn er zur wirtschaftlichen Selbstbestimmung auch bei den amtlichen Stellen und in einseitig-sozialen Kreisen aufgedrückt hat, so bedeutet er trotz seiner Verluste in der volkswirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands einen positiven Wert. Denn nur das allein kann Sinn und Berechtigung eines solchen Kampfes sein: Korrektur einer falschen Entwicklung.“

Die Unternehmer stellen also noch einmal fest, daß sie keineswegs gegen die Staatsautorität kämpfen, wozu sie ja auch gar keinen Anlaß haben. Es ist doch ihr Staat, und die Koalitionsregierung ist ihre Regierung.

Aber die Unternehmer kämpfen gegen die Forderungen der Arbeiter. Sie wollen, um bei gesteigerten Profiten den internationalen Wettlauf um die Märkte erfolgreich führen zu können, die rücksichtslose Senkung des Reallohns durchsetzen. Sie erreichen diese Senkung des Reallohnes schon dadurch, daß sie den Lohnausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten verweigern. Aber auch vor dem direkten Abbau der Nominallöhne werden sie nicht halt machen, besonders dort, wo das in der Form der Kürzung der Arbeitslöhne geschehen kann.

Die Unternehmer stellen nun fest, daß sie bei diesem Bestreben durch den Ruhrkampf einen Erfolg zu verzeichnen haben. Sie rechnen damit, daß die staatlichen Schlichter noch rücksichtsloser als bisher auch nur den Lohnausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten verweigern werden. Die rechnen vor allem damit, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer noch „vorsichtiger“ werden, d. h. sich noch mehr als bisher gegen Arbeiterforderungen hemmen, noch trassier als bisher die Interessen der Arbeiter verraten.

Ist nun diese Einschätzung der Lage durch die Unternehmer richtig?

Die Tatsachen zeigen uns, daß die Unternehmer richtig rechnen, soweit es die staatlichen Schlichtungsinstanzen und die reformistischen Gewerkschaftsführer betrifft.

Schon während des Ruhrkampfes wurden für andere Gebiete Schiedsprüche gefällt, die alle unter dem Bürgerblock-Regime gefällten Schiedsprüche in den Schatten stellen. Die offizielle Desavouierung des Schlichters Jütten durch die Koalitionsregierung war doch ein direkter Befehl an alle Schlichter, nun mit äußerster Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiter zu entscheiden. Jedem politisch denkenden Arbeiter muß es klar sein, daß der Ruhrkampf die weitgehendsten Auswirkungen auf die Schlichtungspraxis haben muß.

Was nun die reformistischen Gewerkschaftsführer betrifft, so haben sie geradezu banalartig im Sinne des Unternehmertums reagiert. In der belarber Metallindustrie, für das Feiner Walzwerk, für die Hieber-Hütte haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sämtliche Forderungen der Arbeiter zurückgezogen und in die Verlängerung der bisherigen Hungerlöhne eingewilligt. In anderen Gebieten, wie in Hagen-Schwelm, haben die Reformisten die teilschen Schiedsprüche in aller Eile angenommen. Der Werftarbeiterstreik soll sich so rasch als möglich abgewürgt werden. Überall hemmen sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gegen eine Kündigung der Tarife. Die Bürokratie des Eisenbahnerverbandes will den Lohnstreik nicht kündigen, wie die Führer des Fabrikarbeiterverbandes die Kündigung des Chemietarifes nicht zulassen wollen usw. In der Textilindustrie, wo die Unternehmer in den meisten Bezirken selbst die Tarife kündigten, um ihre Ziele durchzusetzen, arbeitet die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie mit allen Mitteln, um Kampfmaßnahmen der Arbeiter gegen das Unternehmertum zu verhindern.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie wird nach dem Ruhrkampf noch hemmungsloser als bisher den verräterischen wirtschaftsrechtlichen Kurs verfolgen, ein weiterer Kurs nach rechts wird die Folge sein.

Und dennoch sind in nächster Zeit weitere schwere Kämpfe zu erwarten, insbesondere in der Textilindustrie. Denn ein Ziel, und zwar gerade das für sie wichtigste, haben die Unternehmer nicht erreicht. Sie haben ja die Aussperrung deshalb durchgeführt, um vor allem die Arbeiter zu schlagen, die sich gegen den Lohnabbau wehren und Forderungen stellen. In dem bekannten Artikel „Durch Kampf zum Frieden“, der am 20. Oktober in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ erschien, heißt es:

„Die Gewerkschaften haben die Forderungen erhoben, ihre Führer wissen wohl, daß sie zurecht unerfüllbar sind, sie wissen auch, daß ihnen der mathematische Beweis geliefert werden kann, daß die Eisenindustrie keine Lohnrückstellungen zu tragen vermag, aber was hilft es? Glaubt ihnen stehen die Kommunisten. Sie müssen selber ihren Lehrgängern etwas bieten, sonst schmeißen diese in den Abgrund.“

Es wurde dann weiter ausgeführt, daß diesmal diese Massen geschlagen werden müßten, um Ruhe vor Lohnforderungen zu bekommen. Das Ziel der Unternehmer war, die Massen der Hüttenarbeiter so vernichtend zu schlagen, sie so zu demoralisieren, daß sie an den Toren der Werke um Arbeitsmöglichkeit um jeden Preis gebittelt hätten, daß allen Arbeitern der Mut zur Aufstellung von Forderungen vergangen wäre.

Dieses Ziel haben die Unternehmer nicht erreicht, dank der Arbeit der gewerkschaftlichen Opposition. Die Hüttenarbeiter standen geschlossen und fest, als ihre Front durch den reformistischen

Werbekampagne: Zehn Jahre „Arbeiter-Zeitung“

## Ist

die Adresse Deines Ortswerbeausschusses bereits dem Bezirkswerbeausschuß

## mitgeteilt?

Verrat erdolcht wurde. Das ist die Gewähr dafür, daß diese Arbeiter wieder und dann entschlossener als bisher antreten werden.

Wir wissen, daß auch die Unternehmer ihr Hauptziel, die Arbeitermassen niederzuwerfen, nicht aufgegeben haben. Wir müssen uns daher gefaßt machen, daß schon in kurzer Zeit weitere große Kämpfe durchgeschlagen werden müssen.

Aber es muß der gesamten Arbeiterschaft in aller Eindringlichkeit gesagt werden, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in allen Industriezweigen genau denselben ungeheuren Verrat begangen werden, wie die D.M.B.-Führer im Hüttenarbeiterkampf. Es

## Nieder mit dem Schlichtungswesen

Nach dem Bericht des „Vorwärts“ führte der D.M.B.-Vorstand Brandes in der Essener Bezirkskonferenz zum Schlichtungswesen u. a. aus:

„Wir müssen uns aber auch sagen, daß eine Verringerung des Schiedspruchs die Erledigung des Schlichtungswesens bedeutet. (Allgemeine Zustimmung.) Denn man kann doch nicht von den Arbeitern verlangen, sich einer Verbindlichkeitsklärung zu beugen, wenn hier die Unternehmer die Entscheidung gewaltam außer Kraft setzen dürfen.“

Wir wissen, Brandes sprach so, weil es die Stimmung der Arbeiter ist. Brandes und die übrigen D.M.B.-Führer werden trotz dieser Worte in Zukunft das kapitalistische Schlichtungswesen weiter verteidigen. Sie sollen aber beim Worte genommen werden!

Auch die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt am 3. Dezember: „Das Schlagwort von der Vorkerkerschaft der Wirtschaft, von den Unternehmern seit langer Zeit immer wieder zur Umkehrung ihrer Forderungen verwendet, hat Anerkennung durch die Reichsregierung gefunden. Es wäre unnötig, sich das zu verhehlen und sich damit des einen Vorteils zu begeben, den die Gewerkschaften aus dem Verlauf des Ruhrkampfes ziehen können: daß nämlich zukünftig die Arbeiter ebenso wenig sich an Sprüche der Schlichtungsinstanzen und Verbindlichkeitsklärungen zu halten brauchen, wie es jetzt mit Zustimmung der Reichsregierung die Unternehmer getan haben.“

Jawohl, das ist eine Lehre, die die Arbeiterschaft zu ziehen hat. Nicht das erstmal, aber diesmal besonders deutlich, wurde die Probe aufs Exempel gemacht, daß die Schlichtungsordnung das Unternehmertum nicht bindet, sondern daß sie nur ein gegen die Arbeiterschaft gerichteter Ausnahmegefeß ist.

Die Schlussfolgerung ist klar: Kampf gegen das kapitalistische Schlichtungswesen! Kein Nachlassen, bis die schändliche Schlichtungsordnung weggefegt ist! Keine Arbeiterfurcht, daß sich wehr durch einen verbindlich erklärten Schiedspruch abhalten lassen, ihre Forderungen zu erkämpfen. Mit den Verrätern aber, die bewußt der Aufhebung der Streikfreiheit Vorschub leisten, muß abgerechnet werden!

## Zur Abstimmung im Maler-Verband Stimmt mit Nein — gegen die Invalidenversicherung

Die letzte Generalversammlung des Verbandes der Maler, Anstreicher usw., die vom 1. bis 5. Oktober 1928 in Stuttgart tagte, hat die Einführung einer Invalidenversicherung beschlossen. Mit großer Mehrheit wurde gegen den Willen des Verbandsvorstandes eine Urtatsache im m. u. g. durch die Mitglieder durchgesetzt. Der Entwurf für die Invalidenversicherung ist ausgearbeitet und im „Maler“ Nr. 43 veröffentlicht. Ueber Annahme oder Ablehnung haben die Mitglieder in der Zeit vom 4. bis 16. Dezember zu entscheiden.

Wer erhält nun diese Unterstützung?

Im Entwurf ist festgelegt, daß Mitglieder, die zehn bis fünfzehn Jahre im Verband organisiert und 621—780 Mark Beiträge bezahlt haben, nach fünf Jahren Wartzeit die Unterstützung erhalten, d. h. also, wer nach dem 31. März 1929 260 Mark Beiträge gezahlt hat, erhält nach diesen fünf Jahren die Unterstützung in Höhe von monatlich 15 Mark. Die Höchstunterstützung beträgt 24 Mark. Sie kommt nur für Mitglieder in Frage, die über 25 Jahre der Organisation angehören und 1300 Mark Beiträge gezahlt haben. Bei ihnen beträgt die Wartzeit zwei Jahre, d. h. sie müssen vom 31. März 1929 bis 31. März 1931 104 Mark Beiträge gezahlt haben. Für die Gewährung der Invalidenunterstützung wird die Anerkennung der Invalidität durch die Reichsregierung verlangt. Die Unterstützung wird nicht gewährt, wenn das Mitglied nicht 66 2/3 Prozent erwerbsunfähig ist.

Zur Durchführung der Unterstützung wird ein obligatorischer Zuschlagsbeitrag in Höhe von 20 Pfg. erhoben, der von allen Mitgliedern, welche mindestens 60 Pfg. Hauptbeiträge zahlen, zu entrichten ist.

Der Entwurf zeigt, daß der größte Teil der Mitglieder erst nach fünf Jahren in den Genuss der Unterstützung kommt. Auch die schon invaliden Kollegen erhalten sie erst nach zwei Jahren. Liegt man die Bedingungen, die an die Zahlung der Unterstützung geknüpft sind, so erkennt man, daß sie sich nicht von den staatlichen und privaten Versicherungen unterscheiden. Dabei ist zu bemerken, daß die Mittel allein von den Mitgliedern aufzubringen sind. Ob die Mitglieder über-

kommen nicht gewartet werden, bis die Ansprüche ausbrechen, sondern die Sicherung gegen den reformistischen Verrat muß sofort geschaffen werden durch den unerbittlichen und verschärften Kampf gegen die reformistischen Führer. Im Ruhrkampf hat die gewerkschaftliche Opposition weltweit sichtbar gezeigt, wie die Arbeiterklasse wieder aus ihrer heutigen Lage herauskommen kann. Zum ersten Male hat sich eine freie kämpfende Arbeiterschaft revolutionäre Kampfstellungen gewählt, zum ersten Male zeigte sich eine solche feste Einheitsfront der Massen in den wie nie zuvor. Doch was wir in diesem Kampfe sahen, war nur ein Anfang. Mit aller Energie muß die Arbeiterschaft dahin streben, zu einem Zustand zu kommen, wo ein dertätiger Verrat der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie einfaß nicht mehr möglich ist, wo alle Mandate dieser Verräter scheitern.

Um zu diesem Zustand zu kommen, muß an Hand der Erfahrungen des Ruhrkampfes gearbeitet werden. Die Opposition in allen Gewerkschaften muß gestärkt werden sowohl durch Gewinnung der Organisierten wie durch Hineinführung der Unorganisierten in die Gewerkschaften. Auch in anderen Industrien sind ähnliche große Massen von Unorganisierten wie in der Hüttenindustrie. Die gewerkschaftliche Opposition muß mit diesen Massen sofort die engste Verbindung herstellen, mit dem Ziel, sie zur Verstärkung der Opposition den Gewerkschaften zuzuführen. Dabei muß der unsäglich lächerliche Organisationshochmut der sozialdemokratischen Führer die die bisher Unorganisierten beschimpfen und abstoßen, energisch bekämpft werden. Mehr als acht Millionen zählen einst die freien Gewerkschaften. Wenn sie heute nur noch halb soviel zählen, so ist es die Schuld der verräterischen sozialdemokratischen Führer und ihrer Verräterei. Von den Millionen, die heute noch außerhalb der freien Gewerkschaften stehen, sind unzählige erbliche, klassenbewußte, kampfbereite Proletarier, die für die Gewerkschaften zu gewinnen sind, wenn ihnen das hohe Ziel der Arbeit in den Gewerkschaften largemacht wird.

Diese Werbearbeit für die freien Gewerkschaften muß durchgeführt werden, trotz der Verhöhnungsarbeit der reformistischen Führer. Wir wissen, daß jetzt die D.M.B.-Führer eine heillosen Ausschließungskampagne durchführen werden, daß sie die Unterdrückung der proletarischen Demokratie aufs äußerste betreiben. Aber die gewerkschaftliche Opposition muß diesem Ansturm trotzen, jede Position mit allen zu Gebote stehenden Kräften verteidigen und trotz aller Widrigkeiten auf dem Wege weiterstreiten, der der revolutionären Opposition im Ruhrkampf die bedeutenden Erfolge gebracht hat.

Mit der entschlossenen und hartnäckigen Durchführung dieser Arbeit bereiten wir zukünftige Niederlagen des Unternehmertums wie den endgültigen Sturz des kapitalistischen Systems vor.

haupt in den Genuss der vollen Unterstützung kommen, bleibt noch ungewiß. Wir sehen, daß bei anderen Verbänden nur ein Bruchteil die Unterstützung voll erhält, da sie durch andere gesetzliche Bestimmungen zum Teil gefürzt werden. Außerdem ist die Höhe der Unterstützung von 15 bis 24 Mark nicht dazu angetan, wirkliche Hilfe für die invaliden Kollegen zu bringen.

Gegen die Einführung der Invalidenversicherung spricht vor allem die Tatsache, daß der Verband als solcher immer mehr seinen Kampfscharakter einbüßt und dafür zu einem Unterstützungsverein herabgewürdigt wird. Das ist einer freien Gewerkschaft unwürdig. Ihre Aufgabe ist es, für die Verbesserung der staatlichen Invalidenfürsorge zu kämpfen. Statt dessen geht man dazu über, dem kapitalistischen Staat die Pflichten gegenüber der Arbeiterschaft abzunehmen. Schon heute sind die Ausgaben für Kranken-, Arbeitslosen-, Sterbe-Unterstützung höher, als für die Streikunterstützung. Im Jahre 1927 wurden für Kranken-, Erwerbslosen- und Sterbe-Unterstützung pro Mitglied 7,14 Mark = 231 717,07 Mark, für alle anderen Ausgaben pro Mitglied 15,79 Mark = 1 325 874,84 Mark ausgegeben.

Durch die Einführung der Invalidenversicherung wird sich dieser Zustand noch erheblich verschlechtern. Alle Kollegen unseres Verbandes müssen gegen die Einführung der Invalidenversicherung stimmen. Das letzte Mitglied muß sich an der Abstimmung beteiligen und mit „Nein“ stimmen.

Darüber hinaus gilt es, zur Stärkung der Opposition durch Werbung neuer Mitglieder beizutragen und dahin zu wirken, daß die Organisation zu einer Waffe des proletarischen Befreiungskampfes gemacht wird.

## Lohnkämpfe überall

Lohnkampf auch der Angestellten in der Textilindustrie. Der Deutsche Wertmeisterverband hat das Gehaltsabkommen für die mittel- und weßschäffische Textilindustrie vom 31. Dezember gekündigt. Der Verband fordert eine 15prozentige Gehaltserhöhung. Das Gehaltsabkommen für die in der mittel- und weßschäffischen Textilindustrie beschäftigten kaufmännischen Angestellten ist am 1. Dezember abgelaufen. Neue Forderungen sind von den Verbänden noch nicht gestellt worden.

Reformisten in Sachsen bremsen. Die sächsische Textilarbeiterkonferenz des D.M.B., die am Sonntag in Chemnitz tagte, lehnte den Schiedspruch einstimmig ab. Eine von der Opposition eingebrachte Entschliessung, die die sofortige Aufnahme des Kampfes forderte, und jede weitere Einmischung der Schlichtungsinstanzen ablehnte, wurde von der Gauleitung gar nicht erst zur Abstimmung zugelassen. Ein bestellter Schlußantrag würgte die Debatte kurzer Hand ab.

Die Gauleitung erklärte, daß gegen jeden Kollegen, der die Aufnahme des Kampfes propagiere, mit organisatorischen Maßnahmen vorgegangen werde, um auch eine betriebsweise Aufnahme des Kampfes zu verhindern.

Offener Ruhhandel im Werftarbeiterstreik. Für Montag, den 3. Dezember, waren im Werftarbeiterstreik, unter dem Vorsitz des Schlichters der Nordmark, in Hamburg neue Verhandlungen angesetzt. Außer den Tarifparteien sind die Schlichter von Bremen und Pommern hinzugezogen worden. Mit allen Mitteln soll eine Einigung zwischen Gewerkschaftsbürokratie und Werktunternehmern erzielt werden. Die Grundlage der Verhandlungen sind weder die Forderungen der Werftarbeiter, noch der standalöse Schiedspruch Stenzel, gegen den ja gestreikt wird, sondern die niederträchtigen Geheimabmachungen wie im Ruhrkampf.

Münchener Buchdrucker für Tariffündigung. Eine sehr gut besuchte außerordentliche Generalversammlung der Ortsgruppe München des Verbandes der Deutschen Buchdrucker beschloß einstimmig, vom Zentralvorstand die Kündigung des Lohn- und Manteltarifvertrages zum 31. März 1929 zu verlangen.

## Auch ein „Meister“ in Deutsch-Lissa

Ein Arbeiter aus den Peramischen Werken schreibt uns: Die Manieren des Meisters Dittmann müssen den schärfsten Protest der Arbeiter hervorrufen. Wenn sich ein Arbeiter den Schweiß von der Stirn wischt, so kommt der Meister und sagt, er vernachlässige die Arbeit. Ein anderer Arbeiter wollte das Fenster öffnen wegen großer Hitze und Staub, da kam der Meister, hat ihm das verboten und wollte ihn noch bestrafen! Ein anderer Fall hatte sich in der vorigen Woche zugetragen. Da hat der Portier ein Mädchen geschlagen wegen der Marke, weil sie zu spät gekommen war. Wenn Arbeiter von 21 Jahren nach Bier gehen, so sagt der „feine Herr“: „Nehmjungen bekommen kein Bier!“ Arbeiter, laßt euch diese Verhandlung nicht gefallen!

Weihnachtsbeihilfe im Ausschub beschlossen!

Gestern tagte der Ausschub 8, um sich mit den Anträgen auf eine Weihnachtsbeihilfe zu beschäftigen. Es wurde beschlossen: alle Zusatzunterstützungsempfänger des Wohlfahrtsamtes, alle ausgesetzten Erwerbslosen, die Notstandsarbeiter des Wohlfahrtsamtes und des Arbeitsamtes erhalten eine Weihnachtsbeihilfe von 25 Mark für den Mann, 15 Mark für die Frau und 7,50 Mark für jedes Kind. Weiterhin werden in der Zeit von Dezember bis März monatlich zwei Zentner Kohle und Lebensmittelgutscheine von je 1,50 Mark ausgegeben. Erwerbslose, die nach der obigen Aufstellung keine Weihnachtsbeihilfe bekommen würden, können in Härtefällen auf Antrag ebenfalls eine solche erhalten.

Die endgültige Entscheidung hat jetzt die am Freitag zusammen tretende Stadtverordnetenversammlung. Die Hilfsbedürftigen müssen auf dem Posten sein. Besucht heute alle die großen Erwerbslosenversammlungen!

Zentrums-Bürgermeister Dr. Herschel gestorben

Gestern, um 18 Uhr, ist der zweite Bürgermeister, Dr. Hans Herschel, im Alter von 53 Jahren gestorben. Er gehörte bereits in der Vorkriegszeit der Stadtverordnetenversammlung an und war Vorsitzender der Zentrumsfraktion. Im Jahre 1924 ließ er sich, trotz seiner schweren Erkrankung, zum Bürgermeister wählen und hat einen großen Teil seiner Amtsdauer im Urlaub verbracht. Sprach er einmal in der Stadtverordnetenversammlung als Magistratsvertreter, geriet er des öfteren mit unseren Genossen zusammen. So im Vorjahre mit dem Genossen Ammon und vor einigen Tagen erst mit dem Genossen Reim.

Im kapitalistischen System zeigt sich auch im Tode die Klassen-scheidung. Und da heute alle anderen Blätter die Tatsachen ver-wischen wollen, auch wenn es dem Bürger nicht paßt, daran erinnern, daß z. B. zwischen einem Bürgermeister und einem städtischen Arbeiter, der vielleicht zwanzig Jahre in der Gasanstalt geschuftet hat, ein großer Unterschied besteht. Die Familie des letzteren, abgesehen davon, daß der Arbeiter nur dann eingestuft wird, wenn er gesund ist, steht nach seinem Tode vor dem Nichts. Der Fa-milie eines Bürgermeisters geht es anders. Während das Gehalt, das Dr. Herschel seine Rechtsanwaltschaft auf die Dienstjahre an-gerechnet wurde (1), 24 000 Mark betrug, wird die nun zu zahlende Pension auch nicht klein sein.

Dr. Herschels Leiche ist noch nicht unter der Erde, und schon heute beginnt das Volkchen um seinen Nachfolger, das wahrscheinlich in den nächsten Wochen zum allgemeinen Urnenkampf führen wird.

Die Ehefrau erschoten

Der Bauarbeiter Karl Basler stand gestern vor dem Schwur-gericht unter der Anklage, am 14. Juli d. J. seine Ehefrau mit dem Küchenmesser in den Unterleib gestochen zu haben, so daß sie zehn Tage nach der Tat an den Folgen des Stiches im Allerheiligen-Hos-pital starb. Zur Verhandlung waren 29 Zeugen und fünf Sachverständige geladen. Der Angeklagte stellte die Sache so dar, als ob bei einem Streit seine Frau im Verlauf eines Handgemenges sich selbst das Messer in den Leib gedrückt hätte. Der Staatsanwalt nahm an, daß der Angeklagte den Stich ausgeführt habe. Er habe jedoch nicht mit Ueberlegung gehandelt. Mildernde Umstände seien ihm zu ver-lagen. Er beantragte acht Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. Wegen Körperverletzung mit Todes-gefahr verurteilte das Gericht den Angeklagten zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

„Immer noch Krach in der SPD.“

Von der Gaulitung des KPD. wird uns geschrieben: „Wenn wir bisher auf die Artikel der Sozialisten und ihres „kommunistischen“ Berichterstatters noch nicht geantwortet haben und man sich darüber ärgert, so deshalb, weil eine solche nicht verlohnte. Wenn der Berichterstatter der SPD. und seine Freunde glauben, daß sie höher stehen wie der Führer der SPD. und des Roten Frontkämpferbundes, der Genosse Thälmann, so ist das eben eine Ansicht, die die Gesamtmitgliedschaft des KPD. nicht teilt, und sich auch von diesen Leuten nicht ausbilden läßt. Daran kann nun weder ein Steffen noch sonst ein „Oppositioneller“ etwas ändern. Selbst die Fraktionsführung, in der sie schon glaubten, den Sieg in der Tasche zu haben, hat ihnen gezeigt, daß man absolut von diesen echten revolutionären nicht das hält, was sie sich einbilden. Zur Fraktionsführung hatten sie alle ihre Anhänger auf die Beine gebracht, während der größte Teil unserer Genossen auch noch in anderen Versammlungen war. z. B. Staats- und Gemeinde-arbeiterversammlung, drei Zellensitzungen usw. Die Abschiedsrede an den Roten Frontkämpferbund, die der Redakteur Steffen hielt, war dieselbe, die er schon dreißigmal vorher gehalten hat. Er mühte selbst beinahe einsehen, wenn er nicht den intellektuellen Fimmel be-läße, daß er damit keinen Kameraden überzeugen kann. Die Ab-stimmung zeigte ihm dieses sehr deutlich. Obwohl gerade wegen der vorgeordneten Zeit ein Teil unserer Genossen schon vor der Abstimmung nach Hause ging und sie alle Mühe hatten, ihre Leute dazubehalten, war eben für die Anhänger des „Stromes“ trotzdem nichts mehr zu retten. Das Erscheinen von zwei Genossen, die aus anderen Ver-sammlungen kamen, hat sie so geärgert, daß man die beiden Genossen in ihrer nächsten Versammlung in Acht und Bann erklären wird. Es war eben wieder einmal mit dem sicheren Sieg vorbei und wir sprechen ihnen an dieser Stelle dazu noch einmal unser herzlichstes Beileid aus. Zum Ausschluß von Steffen aus dem KPD. ist folgendes zu sagen. Die Fraktionsführung einer Abteilung hatte ihn bereits einige Tage vor der Fraktionsversammlung ausgeschlossen. Wir haben ihm trotz alledem noch einmal Gelegenheit gegeben, seine Meinung auch vor dem zweiten Bundesvorsitzenden, dem Kameraden Leo, zu vertreten, obwohl er rechtlich nicht mehr Mitglied des KPD. war. Die Oppositionellen können natürlich nicht mehr unter-scheiden, was Demokratie und Diktatur ist. Vor der General-versammlung fand eine Abteilungsversammlung der vierten Abteilung statt. Diese bestätigte den Ausschluß Steffens mit 84 gegen 4 Stimmen. Die Gau- und Bundesführung hat diesen Ausschluß bestätigt. Als nun bei der Eröffnung der Generalversammlung der Kamerad Scholz die Abstimmung über den Ausschluß Steffens vor-

Statt eines Briefes:

An die Leitung des Gewerkschafts-Haus-Restaurants. Werte Kollegen! Wir haben mit tiefer Betrübnis zur Kenntnis genommen, daß der Inhalt der „Arbeiter-Zeitung“ in der letzten Zeit des öfteren Euch auf Eure Schwache Nerven gefallen ist. Das schmerzt uns um so mehr, als wir auf Grund von Berichten die Feststellung machen durften, daß gerade die „Arbeiter-Zeitung“, die ja in Eurem Lokal ausliegt, Euch einen gesteigerten Besuch brachte, weil Eure Gäste wußten, sie finden in unserem Blatt immer einige in-teressante Informationen über die Lage in der hiesigen SPD. (Aus-schlußanträge, „geschlossene“ Jubiläumfeiern, Unterschlagungen usw.) Behauerlicherweise habt Ihr, meine Kollegen von der Leitung, diese Dinge nicht richtig zu würdigen verstanden. Ihr habt vielmehr Euren Ärger an dem unschuldigen Papiere ausgelassen und Seiten, die Eurer parteifremden Seele mißfielen, einfach herausgerissen. Das war nicht klug. Denn erstens schadet das dem Besuch eurer Gaststätte, wenn es sich so oft ereignet, zweitens mindern solche Vor-sommnisse Eure Einnahme, da es den SPD.-Genossen im Gewerkschaftshaus erst dann richtig schmeckt, wenn sie Essen und Trinken durch die Einverleibung der neuesten Parteistandale ergänzen können, und drittens ist es ja auch zwecklos. Noch mehr! Es hat die ganz entgegen gesetzten Folgen, als die Ihr erwartet. Der Wissensdürstige, der die von ihm gesuchte „Arbeiter-Zeitung“ nicht findet, wird sie sich kaufen und sie später für dauernd bestellen! Das wollten wir Euch sagen. Vielleicht bringt Ihr es über Euer Dasein, wenigstens die heutige Nummer der „Arbeiter-

Zeitung“ auslegen zu lassen, da dieser Brief ja nicht in erster Lin- an Euch, sondern an Eure nichtkommunistischen Gäste gerichtet ist. Fragt sie doch einmal, ob sie es nicht auch lächerlich finden, wenn aus einer Zeitung Seiten herausgerissen werden, nur um zu ver-wie es z. B. vorgestern geschehen ist — die ganze „Arbeiter-Zeitung“ verstreut wird, damit sie nichts von den Wuhrläten-Unterschlagungen des ehrbaren Herrn Kaffner erfahren.

Was unter weiteres Verhalten anbelangt, so können wir Euch selber nicht versprechen, über die Verhältnisse in der hiesigen SPD. zu schweigen. Wir dürfen Euch im Gegenteil versichern, daß in unsern Redaktionsmappen bereits wieder mehrere Bilder ehrenwerter SPD.-Größen darauf warten, in der „Arbeiter-Zeitung“ wieder- gegeben zu werden. Falls wir Euch einen guten Rat geben dürften, dann sagt das Euren Gästen. Denn das hebt das Geschäft!

Statt eines zweiten Briefes:

An die Redaktion der „Vollmacht“! Sie Schweigen immer noch! Dürften wir Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihre Leser mit Ihnen sehr unzufrieden sind? Wir haben einer Gruppe Ihrer Genossen versprochen, Sie zu fragen, warum Sie über die Affäre Peilert, Kaffner usw. nichts brachten und auch über den Ausschlußantrag gegen den Stadtverord- neten Weise schweigen? Es dürfte sich empfehlen, Ihre auf eine Ant- wort wartenden Genossen einmal zu informieren.

Donnerstag, den 6. Dezember, im Zentralballsaal, Westendstr. 50 (Männer) und in den Hubertus-Sälen, Friedrich-Wilhelm-Straße 32 (Frauen) Große

Arbeitslosen-Versammlungen

Thema: Weihnachtsbeihilfe. Beginn pünktlich 14,30 Uhr Massenbesuch wird erwartet.

nahm, ließen die Oppositionellen diese Abstimmung nicht zu, weil sie wußten, daß die übergroße Mehrheit der Breslauer Kameraden mit einem solchen „Gauführer“ nichts mehr zu tun haben will. Als sie sahen, daß es ihnen nicht gelang, und ihre „Demokratie“ aufzu-zwingen, verließen sie mit 47 Mann den Saal und rüdten ab und machten eine eigene Versammlung in ihrem Stadtteil. Referent, wie gewöhnlich, ehemaliger Gauführer und jetziger Redakteur Steffen. Die Generalversammlung des KPD. tagte unterdessen weiter und nach einer regen Diskussion, an der sich auch die zurückgelassenen Porch- posten der Opposition beteiligten, wurde dieselbe nach einem kurzen Schlußwort von Leo und dem gemeinsamen Wunsch der Inter- nationale ordnungsgemäß zu Ende geführt und geschlossen. Wie sehr Steffen daraufhin arbeitet, um die Organisation noch weiter zu schädigen, beweist sein Drängen, sich in einer oppositionellen Abteilung wiederaufnehmen zu lassen. Die Organisation wird aber solche Ele- mente nicht in ihren Reihen dulden, und dieser Aufnahme niemals stattgeben.

In dem erwähnten Artikel der „Vollmacht“ wird von dem an- geblichen „SPD.-Mitarbeiter“ auch Kamerad und Genosse Kruber verleumdet und heruntergerissen. Gegenüber der Behauptung, daß Kruber seinerzeit sein Mitgliedsbuch zerrißen und gedröht haben soll, „den ganzen Laden aufzulegen zu lassen“, stellen wir fest, daß Genosse Kruber im Besitz eines vor sechs Jahren ausgestellten zweiten Mit- gliedsbuches ist und sich immer als disziplinierter Kamerad und Ge- nosse erwiesen hat.

Unütiger Schaden

In der Zeit vom 1. Januar bis 30. September d. J. sind durch mutwilliges Zerbrechen usw. von Beleuchtungsanlagen wieder be- deutende ungedeckte Kosten entstanden. Sie betragen zusammen 6339,72 Mark. Dazu kommen durch Umfahren und Beschädigen von Radelabern und Laternen weitere Kosten im Betrage von 3725,65 Mark, von denen 1223,80 Mark wieder eingetracht werden konnten. Weiterhin sind im dritten Vierteljahre 12 Laternen (auf der Zwinger- und Andersenstraße) mutwillig gelöscht worden.

Jungarbeiter vom Ohlauer Tor

Heraus zur öffentlichen Werbeveranstaltung des kommunistischen Jugendverbandes am Freitag, bei Zoublik, Königgräber Straße. Auftreten der Agitproptruppe des KPD., Musik, Gesang und Ansprache. Beginn 20 Uhr. Eintritt frei!

Auf der Straße tot zusammengebrochen. Gestern mittag brach vor dem Grundstück Trebnitzer Straße 50 ein in den fünfziger Jahren stehender Reisender namens Schmidt zusammen. Einige Genossen brachten ihn in den Laden der „Arbeiter-Zeitung“, wo unser Betriebskamerad erfolgreich Wiederbelebungsversuche anstellte. Das herbeigerufene Krankenauto der Feuerwehr schaffte den Leblosen nach dem Allerheiligen-Hospital, wo nur noch sein Tod festgestellt werden konnte.

Ein ganzes Warenlager beschlagnahmt. Auf Grund von Mit- teilungen aus Steinau begab sich das hiesige Fahndungskommando in die Hirtstraße 64 im Erdgeschoß gelegene Wohnung und fand dort ein riesiges Warenlager verschiedenster gestohlener Waren, so u. a. für etwa 500 Mark Zigaretten, eine große Anzahl Radio- und photo- graphischer Apparate, ganze Ballen von Pelzwand, Röhrgarne, Eier, Schuhfessel usw. Die Sachen wurden beschlagnahmt und wagen- labungswise abtransportiert. Ein Teil der Diebesbeute kamte aus Steinau, Briesg und Strehlen.

Unzufrieden mit dem Feuerwehrgeld. Gestern, 16 wurde die Feuerwehr aus Unzufriedenheit nach dem Weiber Augustastr. 108 und eine halbe Stunde später nach dem Weiber Lohsestraße 89 alarmiert. Leider gelang es nicht, den Täter zu ermitteln. Es wird hier darauf hin- gewiesen, daß für die Feststellung eines solchen Unzufriedenen Be- lohnungen vom Magistrat gezahlt werden.

Bermüht wird die Hausdchter Elisabeth Reichel, geboren am 15. Februar 1901, in Breslau wohnhaft. Sie ist 1,63 Meter groß, hat dunkelblondes, langes Haar. Ueber die Hausdchenerverleumdung veröffentlicht die Verwaltung der Straßenbahn im Anzeigenteil eine Bekanntmachung, auf die wir besonders hinweisen.

Mittelschlesien

Steine. Großfeuer. In der Nacht zu gestern wurde die Danbpräge der Breslauer Feuerwehr nach Steine gerufen. Hier war ein Wohnhaus mit angrenzendem Stall in Flammen auf- gegangen. Beim Eintreffen der Feuerwehr waren das Dach des Wohn- hauses wie auch das des Stallgebäudes bereits durchgebrannt, das Mobilar und das Vieh jedoch in Sicherheit gebracht. In Tätigkeit konnte die Danbpräge nicht treten, weil in erreichbarer Nähe keine Wasserentnahmestelle vorhanden war.

Robersw. Kameradschaftsfest. Sonntag, 16 Uhr, im Lokal von W. Müller: Konzert, Theater, Vortrag und Tanz. Ein- tritt 50 Pf., 80 Pf. einschließlich Tanz. Ur zahlreichen Besuch bitte! die Ortsgruppenleitung.

Brieg. Erfolgreiche Veranstaltung. Vorige Woche fand unsere von der Partei, dem KPD., dem kommunistischen Jugendverband und dem Jungpartialusbund veranstaltete Revo- lutionsfeier statt. Trotz des schlechten Wetters war der Besuch gut. Die Ansprache hielt der Genosse Paris. Olewiz. Das Theaterstück des Jungpartialusbundes „Jugend in Ketten“ klappte besonders gut. Außerdem wurde das Stück „Hamburg auf den Barricaden“ auf- geführt. Der Abend wurde durch Regitationen, Gesang und Musik- stücke der Kapelle des KPD. ausgefüllt. Einige Neuaufnahmen für die Jugend hatten wir zu verzeichnen.

Strehlen. Der Luftmörder Simon aus Markt Bohran, der während einer Verurteilung aus dem Breslauer Gefängnis einen Luftmord an einem Kinde beging und dieses dann in das Wasser warf, bekam jetzt im hiesigen Gerichtsgefängnis einen schweren Tob- suchtsanfall. Er schlug in seiner Zelle alles kurz und klein, sich den Ofen ein, schleuderte die Rache umher und drang auf die Luft- leiter ein.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen
Breslau
- Stadteil 1. CR. Freitag 20 Uhr im „Woblschloß“ Funktionärs- tagung
- Stadteil 2. CR. Donnerstag 19,30 Uhr im „Kugler- heim“, Reichenstraße, zweites Abrechnung. Gämliche Karten sowie Radio- bestanden sind mitzubringen. Molla Inbersteinstraße 13, Seitenhaus 1.
- Strehlen. Freitag 20 Uhr im „Gutliners Hof“ außerordentliche Mitglied- versammlung. Stellungnahme zum Reichstagswahltag. Bericht von der UB. Konferenz Landesrat. Nicht ist zu erscheinen!
Kommunistischer Jugendverband
Breslau
- Grube West (Mar Holz). Donnerstag 20 Uhr Funktionärs- tagung bei Reimann.
- CR. Freitag 20 Uhr beteiligen sich städtische Gruppen an der Wad- beverwaltung bei Zoublik.
- Nord. Donnerstag 20 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung bei Schneider, Rosenstraße 20. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Jung-Spartakus-Bund
Breslau
- CR. Freitag 20 Uhr Heimabend. Wettspiele mitbringen! Material ist ab- zuholen.
- Grube West. Donnerstag 18 Uhr Heimabend im „Kuglerheim“, Reichenstraße. Gäste willkommen!
Roter Frontkämpfer-Bund
Breslau
- Mt. 2. Donnerstag 19 Uhr Wahlversammlung bei Reimann, Uferstraße. Mitgliedsbucher mitbringen! — Gämliche Kameraden, die noch nicht zur Mitgliedsbuchkontrolle waren, erscheinen ebenfalls Donnerstag 19 Uhr bei Reimann.
Landshut. Freitag Mitgliederversammlung in der „Sonne“. Erscheinen ist Pflicht!
Mittweide. Freitag 19 Uhr im „Eisernen Kreuz“ Kameradschaftsabend. Zur Reichskontrolle hat sich jeder Kamerad in der Zeit vom 8. bis 7. De- zember von 18 bis 20 Uhr beim Kamerad Ueber, Charlotten- brunner Straße 115, einzufinden.
Rote Jungfront
Breslau
- Gesamtdemonstration Freitag. Dazu treten an: „Rosa“ 19 Uhr bei Reimann, Reue Antonienstraße; „Zoublik“ 19,30 Uhr am Reu- markt; „Dieblich“ 19 Uhr bei Schneider, Rosenstraße. Stiel- leute Instrumente mitbringen.
- Mt. Mittwoch. Donnerstag 20 Uhr Kameradschaftsabend in der „Stadt- kammer“, Revolutionäre Gruppierungen. Gäste willkommen.
Weißfisch. Freitag öffentlicher Gruppabend im Zuckersheim neu- eilgstr. u. Anfang 20 Uhr. Gäste willkommen!
Sonstige Organisationen
Breslau
- Rote Hilfe. Donnerstag 19,30 Uhr erscheinen alle Funktionäre der R.H. zu einer wichtigen Besprechung bei Janke, Friedländerstraße 41.
- Rote Hilfe, Zentrum. Freitag 20 Uhr General-Mitgliederversammlung im „Zumbold“, Reue Antonienstraße.
- Arbeiter-Verbands-Gruppe. Freitag 20 Uhr im Gruppenlokal Rother- Weidhofsstraße. Monatsversammlung.
Strehlen. Rote Hilfe. Donnerstag 19,30 Uhr im Gasthaus „Zur Stadt“ Breslau. Versammlung. Traute Holz spricht über „Der Geiz- anwalt greift an“.
Weißfisch. Freitag öffentliche Gewerkschaft. Freitag 19,30 Uhr im Gefängnis- haus öffentlicher Vortrag. Thema: „Was ist das proletarische Ren- terdat?“ Nicht ist zu erscheinen!

Maschinen ■ Essbestecke ■ Kaffeemühlen ■ Geflügelscheren ■ Emailgeschirre ■ Gänsebratpfannen ■ Dauerbrandöfen ■ Seilger Stahlwaren ■ Sekt schon Weihnachtspreise ■ Eisen-Brandt ■ Hausaltmaschinen ■ Messinggarnituren ■ Kochherde ■ Rodelschiffen ■ Schlittschuhe ■ Gaskecher ■ Christbaumständer ■ Fleischmühlen

# Waldenburger Bergland

## Die Pioniere in der Sowjetunion

Der Jung-Spartakus-Bund macht eine allgemeine Verbewegung für seine Zeitschrift „Die Trommel“. Wir drucken dazu den Artikel „Die Pioniere in Sowjetrußland“ ab, damit jeder Genosse sieht, zu was für einem Machtfaktor eine gute, kräftige Kinderbewegung heranwachsen kann, und wie notwendig es ist, die Verbehalten der deutschen Pioniere (des Jung-Spartakus-Bundes) zu unterstützen.

Die Bewegung der Jungen Pioniere in der Sowjetunion ist wie die politische Organisation der Partei nach Produktionszweigen aufgebaut. In jeder Fabrik, in jeder Institution gibt es im Durchschnitt 50 Mitglieder der Organisation der Jungen Pioniere, die wiederum in Abteilungen von 10 Mann gegliedert sind. An der Spitze der Abteilung steht ein gewählter Führer und Unterführer.

Jeder Knabe und jedes Mädchen im Alter von 11—16 Jahren kann Mitglied der Jungen Pioniere werden, nachdem sie vorher ein jährliches Verprechen abgegeben haben, die „Gesetze und Sitten und Gebräuche“ der Pionierorganisation zu erfüllen.

Im Jahre 1927 gab es in der Sowjetunion 1 439 000 Junge Pioniere. Die Tatsache, daß die „Roten Galstücher“ (das Abzeichen der Pioniere) bereits in den entlegensten Gegenden der Sowjetunion, in den Dörfern und Siedlungen, die weit von der Eisenbahn entfernt sind, in den Bergen Taggestalt, in Murmanst, in den Siedlungen der Taima organisiert sind, zeugt davon, wie stark diese Kinderbewegung auf die Erziehung des heranwachsenden Geschlechtes von Einfluß ist.

Die Pionierbewegung hat als Hauptaufgabe die Heranziehung zu sozial nützlicher Arbeit. In Kaluga z. B. haben die Pioniere eine große Arbeit auf dem Gebiete des Baugebietes geleistet. Dort, wo früher ein undurchdringlicher Schmutz herrschte, haben die Pioniere mit ihren eigenen Kräften holzgeplasterte Straßen angelegt und dabei alles, nicht ausgenutztes Baumaterial verwandt.

Während der Neuwahlen für die Sowjets haben die Jungen Pioniere sehr große Tätigkeit entfaltet, indem sie Aufrufe verteilten, die Wahllokale ausmühten, Konzerte veranstalteten, Kleintheater besaßen, während die Eltern in den Wahlversammlungen waren.

In ihren Werkstätten und Handarbeitszirkeln eignen sich die Jungen Pioniere technische Kenntnisse an und erziehen sich zur Arbeitsliebe.

So hat z. B. die Pionierorganisation der Tschornaja-Manufaktur eine besondere Schneiderabteilung, die selbständig Kleidungsstücke angefertigt hat. Die technischen Zirkel haben sich mit verschiedenen Modellen über Elektrizitätsleitungen und andere technische und handwerkliche Gegenstände beteiligt.

An der Fabrik „Profintern“ hat sich in der Pionierabteilung ein Zeichenzirkel gebildet. Die Leitung liegt in den Händen eines alten Arbeiters der Fabrik. Das Interesse für diese Arbeit war so groß, daß sogar Pioniere aus fünf bis sechs Kilometer entfernten Dörfern an der Arbeit dieses Zirkels teilnahmen.

Die Zeitschrift „Wissen ist Macht“ veranstaltete seinerzeit einen Wettbewerb für das beste technische Modell für Jugendliche. Insgesamt trafen über 200 Modelle ein. Die Kinder verwandten bei ihrer Arbeit hauptsächlich als untauglich weggeworfenes Material. Eingearbeitet wurden das Modell einer fahrenden Straßenbahn, Dynamomaschinen und verschiedene elektrische Geräte.

Der Junge Pionier ist ein Vorbild der Schüler im Unterricht, ein Helfer des Lehrers, ein aktiver Teilnehmer an jeder sozialen Arbeit, der Organisator der jugendlichen Selbstverwaltung, und wirkt so durch die „Korposten“ an der Schule auf die große Masse der nicht-organisierten Schüler erzieherisch ein.

Die Lehrerschaft beteiligt sich an der Kulturarbeit der Abteilungen in mannigfacher Weise durch Veranstaltung von Vorträgen, Ausreden über verschiedene Themen usw.

Der Bürgerkrieg und die Hungersnot vom Jahre 1921 haben uns eine Menge soziale Krankheiten zurückgelassen. Die Kinder haben in der Zeit der Kämpfe und des Verfalls besonders stark gelitten. Die Pionierlager mit ihrer festen Tageseinteilung, das Pionierkennzeichen, „Arkel“ in der Stirn, die Sommerplätze und Sportplätze der Pioniere, der von ihnen betriebene Winterport, dieses alles dient dazu, das junge Geschlecht gesund zu erziehen.

Die Jungen Pioniere nehmen an dem öffentlichen Leben einen sehr großen Anteil. Während der chinesischen Ereignisse und des Streiks der englischen Bergarbeiter haben die Kinder, statt sich Süßigkeiten und Nachwerk zu kaufen, ihr Geld für die Pionierarbeiten in China oder den Pionieren in England zur Verfügung gestellt.

Die Mehrzahl der einzelnen Pionierabteilungen steht in regelmäßigem Briefwechsel mit den ausländischen proletarischen Kinderorganisationen. Die Pionierclubs pflegen sehr stark internationale Beziehungen und veranstalten nicht selten internationale Abende. Für die methodische Arbeit auf dem Gebiete der Kinderbewegung hat das Zentralbüro der Jungen Pioniere mehrere wissenschaftliche Forschungsinstitute wie eine technische und landwirtschaftliche Station ins Leben gerufen.

Die Pionierbewegung verfügt über eine ziemlich große Presse. Neben der Zeitschrift „Der Führer“, die in russischer und ukrainischer Sprache erscheint, erscheint noch die für die ganze Union bestimmte Zeitung „Pionier-Tramb“, ferner die Zeitschriften „Der Pionier“, „Wissen ist Macht“, „Kinderkameradschaft“ und 22 lokale Zeitungen und 15 Zeitschriften. Erwähnt sei noch, daß 14 Kinderzeitschriften und -Zeitschriften in den Sprachen der nationalen Kinderzeitschriften herausgegeben werden.

## Letzter Gang des Genossen Stepanel

Die Beisetzung des Genossen S. Stepanel gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Trauerfeier. Unter Vorantritt der Schalmelentafel und zahlreicher Beteiligung der proletarischen Organisationen bewegte sich der Zug zum Friedhof Blumenau, wo die Urne, welche durch Parteigenossen getragen wurde, der Erde übergeben wurde. Nach dem Gesange des Arbeitergesangvereins Büptzierdorfer Blumenau sprach der Redner der Feuerbestattung das Leben und Streben des Verstorbenen, welcher stets die Ideale seiner Klasse, welche politisch, wirtschaftlich und kulturell ihr Leben schrittweise der kapitalistischen Ausbeuterklasse abringen muß, stets vor Augen hatte. Er ging stets seinen Genossen und Kameraden in der kommunistischen Partei und im Roten Frontkämpferbund mit leuchtendem Beispiel voran, trotzdem er in letzter Zeit viel ketteliger war. Dann sprach im Namen der KPD, des RFD und der Roten Hilfe Genosse Adelt-Breslau, der die kühne Spannung des Verstorbenen und die Unerschrockenheit der Arbeiterklasse mit dem Beispiel Stepanel hervorhob: „Nicht betteln und bitten, sondern wader gekämpft.“ Genosse Adelt erwähnte die Trauerveranstaltung und die Hinterbliebenen, daß ein Beispiel zu nehmen an dem Verstorbenen, der nicht nur ein politischer Kämpfer war, sondern auch ein eifriger Funktionär der Arbeiter-Sportbewegung, wo er jahrelang Kapitän des hiesigen Turnvereins war. Die arbeitende Bevölkerung verliert in dem Genossen Stepanel einen aufrichtigen und bewachten Kämpfer in der Arbeiterbewegung. Die Kapelle spielte das Lied „Lied des Verstorbenen: „Arbeiter, zur Sonne, zur Freiheit!“ Unter den Klängen des russischen Trauermarsches wurden die Überreste des Genossen Stepanel der Erde übergeben.

## Die Hausbesitzer werden froh

Der Reichsbund Deutscher Mieter, Ortsgruppe Nieder-Hermshorst, schreibt uns: In der am 2. Dezember tagenden Mitgliederversammlung referierte Geschäftsführer G. Z. über die Forderungen der Hausbesitzer und die Gegenforderungen der Mieter. Die Hausbesitzer fordern: Aufhebung der Wohnungsmangelverordnung für Gemeinden unter 10 000 Einwohnern und Herabsetzung der Mietpreisen, wodurch eine sehr große Reihe weiterer Wohnungen der Wohnungswirtschaft einzugeht. Sie fordern weiter: Ankerhaftigung des Mieters und Mieterschutzgesetz für Gemeinden, in denen die Wohnungsmangelverordnung aufgehoben worden ist, usw.

Zu obigen Forderungen hat die Mieterschaft wie folgt Stellung genommen: Ablehnung weiterer Verschlechterung der bestehenden Gesetze. Zurücknahme der Abbaueverordnungen der Länder. Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnrechts. Eine weitere Forderung unserer Seite ist die Schaffung einer Wohnbausteuer, die nach dem Einkommen erhoben wird und reiflos für den Wohnungsbau Verwendung findet (an Stelle der Hauszinssteuer). Ebenso notwendig ist die Senkung der Neubaumieten und Anpassung an die Mietsituationen. Mieterschaft, auf zum Kampf! Ein vom Schriftführer Modler gestellter Antrag in bezug auf Erlass der Grundvermögenssteuer fand einstimmige Annahme. Auch wurde eine Beschleunigung dieser Sache vom Vorstand zugesagt.

**Nieder-Hermshorst.** Die Freireligiöse Gemeinde gibt bekannt: Sonntag, den 9. Dezember, 14.30 Uhr, findet im Gasthaus „Zur Friedensoffnung“ eine öffentliche Protestversammlung statt. Redner ist Herr Dozent Reichenwallner. Thema: „Das linke Konfessionsgesetz“. Es geht um die Freiheit der Schulen, um die Freiheit des Geistes überhaupt. Die schwarze Pfaffenherrschaft will, daß 1600 Millionen Mark für ihre Zwecke geopfert werden sollen. Zeigt durch euer Erscheinen, daß ihr gewillt seid, mit uns zu kämpfen.

## Oberes Revier

**Gottesberg.** Einbruch beim Gewerbeverein. In der Nacht zum Montag drangen Einbrecher beim Kassierer des Gewerbevereins ein, nachdem sie ein Fenster zertrümmert hatten, und entwendeten aus der Kasse 200 Mark.

## Schweidnitz

**Ströbel.** Eine besondere Leuchte scheint der Berichterstatter der „Bergwacht“ von Ströbel zu sein. Nachdem der Vor-

## Görlitz

### Gründungsfeier

des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes am Sonntag, dem 9. Dezember, im „Felsenkeller“. Aus dem Programm: Lieder, Rezitationen, Sprechchor, Ansprache, Mandolinenvorträge, Lebende Bilder, Theater-Aufführungen. Anschließend: Gemütliches Beisammensein. Kaffeneröffnung 17 Uhr, Anfang 18 Uhr. Programm 10 Pfennig.

### Das Lesebuch der weltlichen Schule

Uns wird geschrieben: Viele Anhänger der weltlichen Schule nehmen es der kommunistischen Partei übel, daß sie gegenüber der weltlichen Schule ihre Vorbehalte macht. Welch gute Gründe dafür vorliegen, zeigt folgende Tatsache. (Es gibt natürlich noch schlimmere.) Nimmt man das Lesebuch der Kinder in die Hand, so muß man feststellen, daß der „Liebe Gott“ noch sehr oft vertreten ist, ja sogar die „Frau Maria“ fehlt nicht! In dem „Gute-Nacht-Jah“ heißen verschiedene Heiligen: „Morgen früh, wenn's Gott will, — von Engeln bewacht, — dir, Christkindleins Baum.“ In dem Gedicht „Wenn die Maiglöckchen blühen“ erscheint der „Liebe Gott“ zweimal. Auch der „heilige Geist“ darf in einem Weihnachtsgedicht nicht fehlen. Wir verlangen, daß dieses Lesebuch in Kürze so abgeändert wird, wie es der Erziehung entspricht, die die Eltern wünschen. Es gibt da noch einen großen Teil Arbeit! Unsere Kinder sollen solche Gedichten nicht erst lernen, deswegen schicken wir sie in die weltliche Schule. Alles, was an die Sagen von vor zweitausend Jahren erinnert, muß verschwinden. Nach dem Wort „Frei sei der Geist und ohne Zwang der Glaube“ sollen auch unsere Kinder erzogen werden.

Die kandesamtlichen Aufzeichnungen für den Monat November 1928 zeigen eine Geburtenzunahme gegenüber dem November des Vorjahres. Es wurden 106 Geburten gemeldet, gegenüber 80 im Vorjahre. Eheschließungen wurden 54 gemeldet, gegenüber 57 im Vorjahre. Die Zahl der Sterbefälle ist von 94 im November 1927 auf 106 im November dieses Jahres gestiegen.

„Ihre Zeitung erhält von uns keine Inserate, denn damit würden wir ja die kommunistische Bewegung unterstützen.“ Mit diesen Worten wurde einer unserer Genossen von dem Geschäftsführer der Firma D. Scar Litzmann, Berliner Straße 5, darüber „belehrt“. Der Erfolg wird wahrscheinlich sein, daß diese Firma recht bald merken wird, daß sie bisher die Unterstützung der Arbeiterbewegung gehabt hat. Wir sind davon fest überzeugt, daß sich diese noble Firma — deren Angestellte nach eigenen Angaben bis 12 oder 1 Uhr nachts überstunden machen — sich auch in der Gesellschaft der „besseren“ Publika nicht wohler fühlen wird, als wenn ihr die Arbeiterbewegung das Geld „aufdrängen“. Diese Zeilen werden, dem Wunsch der Firma entsprechend, mit dazu beitragen, um sie von dieser unerwünschten Kundenschaft zu befreien.

## Genosse, was hast Du bereits für die Winterhilfe der „Roten Hilfe“ getan?

# Grünberger Auslese

### Ein Erlebnis vor der Kirche

Ein Arbeiterkorrespondent schreibt uns folgendes: Auf einem Spaziergang durch Grünberg kam ich auf der Bahnhofsstraße in die Nähe der dort erbauten Kirche. Mit freundlichen Augen sah ich eine Menschenmenge. Neugierig, wie ich nun einmal bin, stellte ich mich dem Kirchengang gegenüber und harpte der Dinge die da kommen sollten. Und sie kamen. Pünktlich um 12 Uhr trat sich nämlich die Tür auf und heraus traten der Pfarrer, der bis herige Vorsitzende der SPD Grünberg, aber passionierter Reichentümer der Freidenker, die Betriebsräte der Firma Beuchelt und hinterher die ganze Belegschaft. Man denke sich, sollte die Kirche jetzt Gewerkschaftshaus sein? Aber was denn da den Pfaffen, was die ganze Feierlichkeit? Jetzt bemerkte ich auch einige Fabrikbesitzer und andere Honoratioren der Stadt. Auf Befragen harte man mich auf, daß der Generaldirektor der Firma Beuchelt in dem herrlichen San Remo in Italien, wohl als Folge von Ueberanstrengung verstorben ist und ihm jetzt hier die „letzte Ehre“ erwiesen wird. Wichtig, jetzt sehe ich auch verschiedene Betriebsratsmitglieder mit Kränzen. Wo hatte ich den einen Kranzträger nur schon gesehen. Bei einer Lohnverhandlung war dieser eine, er hatte als Verhandlungsmitglied immer wieder erklärt, daß „wirklich nicht mehr heranzuholen“ gewesen sei. Jetzt konnte ich mir vieles erklären. Weiter erfuhr ich, daß die Arbeiter, die sich an der Beerdigung ihres Ausbeuters nicht beteiligten, diesen Tag nicht bezahlt erhalten. Wie fast mich diesen Arbeiter unter der Führung der alleinigenwählenden SPD-Betriebsräte das Kindertrotz geordnet sein, daß sie um schänden Rammons willen sogar in die Verdamnungsanstalt laufen. Zu diesem Sinne gingen meine Gedanken, als ich die die Kränze schleppenden Betriebsräte und ihre Trauer sah.

Es muß nämlich alles ein Herz und eine Seele gewesen sein. Ich sah die Elite der SPD und zugleich der Firma Beuchelt, aber keine Klassenkämpfer, denn letztere haben schon längst den Weg zum Tore hinausgefunden. Ich hörte so etwas wie: Vor der Majestät des Todes bangt sich alles und ruht der Kampf. Und wie sah es aus? Vor dem Garde die Proleten und hinter dem Garde die Kapitalisten. Als in Wirklichkeit reinliche Klassencheidung im „Angeßicht der

Abende des RFD. Ströbel schon ein Jahr gewählt ist und in Streßhly bei Hobten wohnt, erlaubt sich dieser Zeitschreiber sehr, unseren Kameraden auf das schändlichste herunterzureißen. Vor allen Dingen wirt er ihm seine Jugend vor. Der Kamerad steht im 22. Jahre. Aber nur gemach, mein lieber Berichterstatter der „Dred-22 Jahre. Es kann nicht jeder ein grauer Gesell sein. Vielleicht teilt uns noch der Berichterstatter einmal mit, warum die alten Leute im Reichsbanner ihre Posten abgaben. Und wie alt machte der Vorsitzende des Ausschusses vom Konium sein, als man ihm sein Amt übertrug? Das mitzuteilen könnte sich der Dredschreiber der „Bergwacht“ auch einmal Mühe geben. Wir wollen feststellen, daß der Mann an Alters- und Gedächtnischwäche leidet, sonst müßte er wissen, daß es heißt: „Deran an die Jugend! Wer die Jugend hat, hat auch die Zukunft!“ Wir werden uns mit dem „Gelben“ noch öfter beschäftigen.

## Landeshut

### Gemeindefwahlen in Blasdorf

Bei der am Sonntag stattgefundenen Wahl wurden insgesamt 163 Stimmen abgegeben. Es erhielten Stimmen: Gewerbebetriebe 50, Fortschritt 44, Arbeiterliste 27, Bürgerliste 26, Kleinrentner 18. Da insgesamt neun Vertreter in die Gemeindevertretung kommen, so erhalten Gewerbetreibende 3 Sitze, Fortschritt 3 Sitze, Arbeiterliste 1 Sit, Bürgerliste 1 Sit, Kleinrentner 1 Sit. Man kann von einem Erfolge der Arbeiterliste sprechen. Denn es ist das erstemal, daß die Arbeiter eine eigene Liste eingereicht haben.

# Traute Hoelz

## spricht für die Weihnachts-Sammlung der RHD

Donnerstag, den 6. Dezember, in Strehlen, Freitag, den 7. Dezember, in Jauer.

# Niederschlesien

## Hagnau

### Gabe der Juckerlampagne!

Die hiesige Juckerfabrik beendet heute, Donnerstag, ihre diesjährige Juckerlampagne. Die zur Entlassung kommenden Arbeiter werden der schon ansehnlichen Arbeitslosenarmee zugeführt. Es ist notwendig, daß sich nunmehr die Arbeitslosen einen Ausweg wählen, damit die bestehenden Mißstände auf dem Arbeitsnachweis beseitigt werden.

## Liegnitz

### Und wieder die Merton

Die Freude des Meisters Liebers, daß auch andere in unserer Dichtung genannt werden, soll keine ungetriebte sein, weshalb wir uns heute wiederum mit ihm und den haarsträubenden Dingen, die in seiner Abteilung (Strickerrei), passieren, beschäftigen wollen. Seine feinen Wären, die Proleten mit Rosenamen wie „Schweine“, „Lumpenbande“, „Fidioten“ usw. zu benennen, hat Herr Liebers noch nicht aufgegeben. Einen Proleten, der die „Freiheit“ besitzt, sich solche Ausdrücke zu verbieten, will der Herr „Lieber“, in die Schanza zu schlagen“. Wer hat „auch“ gesagt, Meister L., daß wir „ihr“ heißen. Bei uns in Schlessen sind wir gewohnt, wenn wir auch „nur“ Proleten sind, nicht mit du angetrieben zu werden. Sonst möchten wir erwirken, daß wir mit Ihnen eventuell einmal ins „Deutsche Haus“ gehen, um dort Bruderschaft zu trinken. Was damit gemeint ist, wissen Sie wohl? Wir werden später darauf zurückkommen. Rummern Sie sich einmal um die Lohn e in Ihrer Abteilung. Wird der bestehende Tarif eingehalten? Arbeiter, die schon ein und sogar drei bis vier Jahre bei diesem Musterexemplar von Meister arbeiten, werden nicht als Facharbeiter entlohnt, trotzdem sie schon nach 1 1/2 Jahre als perfekte Arbeiter gelten. So geht es auch Leuten, die aus anderen Betrieben kommen und dort als Facharbeiter geführt wurden. Auf die Zahlung von Leistungszulagen in Höhe von 5 Mark haben nur wenige zu rechnen. Aber wir müssen wissen, warum. Leute, die trotz jehtstündiger Arbeitszeit den Lohn nicht erreichen, werden als zu faul (!) bezeichnet. Ihren Anspruch: „Verordnungen treffe ich, wie ich will“ haben Sie wohl von Mussolini gelernt? Katholik! Können sich die Proleten doch alles nicht länger gefallen lassen, auch nicht durch die Verteuerung der Betriebsleitung, daß doch das Einvernehmen gut ist. Stellt euch hinter euren Betriebsrat, fragt ihn, ob ihm der Mund aufgetreten ist und erzwangt euch menschenwürdige Behandlung und Löhne. Um den Meister Liebers zu bessern, braucht ihr Proleten vielleicht eine Sammlung vornehmen, und das Buch „Anliges Umgang mit Menschen“ kaufen, um es ihm unter dem Weihnachtbaum zu legen.

**Junge Burchen als Einbrecher.** Der hiesigen Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, den am 18. November in das Büro des Volksmohlbundes in der Jochmannstraße verübten Einbruch aufzufassen. Als Täter kommen zwei 17jährige Burchen in Betracht, die den Einbruch planmäßig vorbereiteten, indem sie sich die erforderlichen Einbruchswerkzeuge verschafften. Die jugendlichen Einbrecher wurden in Haft behalten.

**Majestät des Todes.** Welcher Arbeitgeber würde sich um einen verstorbenen Proleten so viel Mühe geben? Im Ruhrgebiet können wir die Einstellung dieser Herren verfolgen. Was heißt „Ehre den Toten“? Dem Lebenden, schaffenden Proletariat gebührt die erste Ehre.

Dieser Spaziergang zeigte mir so richtig, welche Klassenunterschiede es selbst noch im Lode gibt und wie notwendig es ist, den Kampf zu führen für eine klassenlose Gesellschaftsordnung unter Führung der KPD.

### Schon wieder Meister Hentschel

Wie rühmlichst bekannt, befindet sich bei der Firma S u d e r der Drehermeister Hentschel. Kommt nun dieser Tage ein Kollege zu diesem Herrn und fragt ganz anständig nach einem von ihm entliehenen Gegenstande, der anderweitig gebraucht würde. Der Meister, als Menschenfreund bekannt, schob den Kollegen einfach beiseite und ließ ihn mit der Bemerkung gehen, er habe keine Zeit für ihn. Der Kollege machte nun höflich darauf aufmerksam, daß der Gegenstand gebraucht würde, und eine Frage nach erlaubte. Darauf ging er an seine Arbeit. Plötzlich raste Meister Hentschel hinter ihm her und schrie: „Wenn er sich noch einmal eine solche Freiheit erlaubt, dann werde er ihn backpfeifen“. Der junge Kollege bedeutete ihm darauf, daß er keinen Lehrling vor sich habe und er in jedem Falle als Mensch behandelt werden müsse. Darauf ließ er den ehrenwerten Meister stehen und beschwerte sich, nachdem er sich mit dem Betriebsrat verhandelt, bei der Betriebsleitung. Was gebent nun die Betriebsleitung zu tun? Die Belegschaft ist nicht länger gewillt, sich die Schiltanen dieses Mannes weiter gefallen zu lassen! Ein anderer Kollege ist vor kurzer Zeit durch die Treibereien dieses Mannes entlassen worden, und zwar wegen „Ungehörigkeit“. In diesem Falle nicht ebenfalls eine Beleidigung zu sehen? Hier wäre sofortige Entlassung eher am Platze, als wie seinerzeit bei dem gemäßigteren Kollegen, der erst durch die Nachschichten des Hentschel zu der beleidigenden Äußerung getrieben wurde. Dann würde dieser noble Herr auch endlich einmal wissen, wie man mit Arbeitern umgeht. Gerade dieser junge Kollege ist für jeden andern ein Beispiel an Fleiß, Höflichkeit und Ehrlichkeit, und könnte selbst ein Meister Hentschel noch in dieser Beziehung von ihm lernen.